

26. Jahrgang 1974

F 5588 F · Dezember

Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie

Herausgegeben von René König
unter Mitwirkung von Günter Albrecht,
Fritz Sack und Alphons Silbermann.

4

Westdeutscher Verlag

KÖLNER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIOLOGIE UND SOZIALPSYCHOLOGIE

begründet durch Leopold von Wiese und Kaiserswaldau

Herausgegeben von Prof. Dr. René König, Universität zu Köln

unter Mitwirkung von Prof. Dr. Günter Albrecht, Universität Bielefeld,

Prof. Dr. Fritz Sack, Universität Regensburg, und

Prof. Dr. Alphons Silbermann, Universität zu Köln

Redaktionssekretär: Axel Schmalfuß, Forschungsinstitut für Soziologie, Universität zu Köln

Inhaltsübersicht des 4. Heftes

I. Allgemeiner Teil

- Evolutionäre Strukturmerkmale komplexer sozialer Systeme. Am Beispiel des Wissen-
schaftssystems. Von Prof. Dr. *Richard Münch*, Köln 681
- Zur neueren Diskussion des Sinnproblems. Einige politiktheoretische Bemerkungen. Von
Prof. Dr. *Heinrich Bußhoff*, Würzburg 715

II. Teil: Aus speziellen Soziologien

- Zum Selbstverständnis der Soziologie in der Verkehrssicherheitsforschung. Von Dr. *Fritz
F. Zelinka*, Köln 742
- Die Wirkung von partiellen Verlusten (insbesondere der Berufstätigkeit der Mutter) bei
der Entstehung von speziellen Neurosestrukturen. Von apl. Prof. Dr. *Arnold Langen-
mayr*, Oldenburg 761

III. Teil: Aus dem Leben der Forschung

- Statusdevianz und Meinungsdevianz. Die Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe.
Von Dr. *Hans Mathias Kepplinger*, Mainz 770 X

IV. Teil: Literaturberichte und Diskussionen

- Was kann Wissenschaftsforschung zur theoretischen Grundlegung der Wissenschaftspolitik
beitragen? Von Prof. Dr. *Gerard Radnitzky*, Bochum 801
- Die Konfigurationsfrequenzanalyse (KFA) nach Krauth und Lienert: Ein handliches Ver-
fahren zur Verarbeitung sozialwissenschaftlicher Daten, demonstriert an einem Beispiel.
Von Prof. Dr. *Burkhard Roeder*, Dortmund 819

V. Teil: Literaturbesprechungen

Allgemeines

- Peter Heintz, *The Future of Development*. Besprochen von Prof. Dr. *Samuel Kodjo*,
Nsukka, Nigeria 845
- Sven Papcke, *Progressive Gewalt*. Studien zum sozialen Widerstandsrecht. Besprochen
von Dr. *Helmut Dubiel*, München 846
- Heinz Monz, *Karl Marx. Grundlagen der Entwicklung zu Leben und Werk*. Besprochen
von Prof. Dr. *René König*, Köln 848

III. Teil: Aus dem Leben der Forschung

STATUSDEVIANZ UND MEINUNGSDEVIANZ DIE SYMPATHISANTEN DER BAADER-MEINHOF-GRUPPE

Von Hans Mathias Kepplinger

I

Politische Verhaltensweisen, Einstellungen und Meinungen werden in der soziologischen und politologischen Theorie u. a. als Folge der sozialen Lage der Individuen betrachtet. »Normale« Lebenssituationen begünstigen nach dieser Auffassung die Entstehung »normaler«, nicht weiter erklärungsbedürftiger Verhaltensweisen, extreme Lebenssituationen führen hingegen zu extremen und erklärungsbedürftigen Verhaltensweisen. Der Begriff »extrem« wird dabei in beiden sprachlichen Anwendungsfällen gleich definiert: »extrem« heißt bei der Charakterisierung der sozialen Lage und bei der Charakterisierung der Verhaltensweisen soviel wie »ungewöhnlich«, »unnormale«, »abweichend«. Die Vorstellungen von extremen und daher erklärungsbedürftigen Verhaltensweisen hängen allerdings offensichtlich stark vom historischen Kontext der Studien und den Vorurteilen ihrer Autoren ab. Die Indikatoren für erklärungsbedürftige extreme politische Verhaltensweisen und Einstellungen variieren daher auch von Präferenzen für Parteien mit gemäßigten Reformzielen bis zur aktiven Teilnahme an revolutionären Bewegungen¹.

Der Zusammenhang zwischen den beiden Abweichungen wird am deutlichsten in der Statusinkonsistenztheorie formuliert. Die Statusinkonsistenztheorie erklärt extreme politische Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen als Reaktion auf inkonsistente Statuskombinationen und die mit ihnen verbundenen widersprüchlichen Erwartungen. Das theoretische Modell der Statusinkonsistenz wurde nach anfänglich recht sorglosen Anwendungen von *Hubert M. Blalock*², *James A. Geschwender*³, *Gerhard E. Lenski*⁴, *Edward E. Sampson*⁵, *David R. Segal*⁶, *Howard F. Taylor*⁷, *John W. Meyer* und *Phillip E. Hammond*⁸ fortschreitend entwickelt und formalisiert.

Die sozialpsychologischen Erklärungen der prognostizierten Wirkungen von Statusinkonsistenz präzisierten und überprüften *Elton F. Jackson*⁹, *James A. Geschwender*¹⁰, *D. Stanley Eitzen*¹¹ und *Edward E. Sampson*¹². Die verschiedenen Meßverfahren entwickelten und diskutierten *Gerhard E. Lenski*¹³, *Nico Stehr*¹⁴, *Baldo Blinkert*, *Barbara Fülgraff* und *Peter Steinmetz*¹⁵, *Mary R. Jackman* und *Robert W. Jackman*¹⁶. Trotz dieser Bemühungen und Fortschritte existieren auch zwanzig Jahre nach der bahnbrechenden Arbeit von *Gerhard Lenski* und nach weit über einhundert Studien zu diesem Thema weder eine in sich geschlossene Statusinkonsistenztheorie noch ein anerkanntes Meßverfahren. Verzichtet man auf Vollständigkeit und filigrane Ausarbeitung, kann die Theorie heute dennoch folgendermaßen rekonstruiert werden:

Statusinhaber übernehmen mit einem sozialen Status statusspezifische Vorstellungen

über sozial gerechte Kombinationen verschiedener Status auf verschiedenen Statusdimensionen und/oder Statusinhaber übernehmen mit einem sozialen Status Verhaltenserwartungen an ihre Umwelt und sind Verhaltenserwartungen ihrer Bezugsgruppen ausgesetzt. Da das Verhalten einmal aus statusbedingten Gerechtigkeitsvorstellungen, zum anderen aus Verhaltenserwartungen erklärt wird, gibt es genaugenommen zwei Statusinkonsistenztheorien: Im ersten Fall handelt es sich um eine Variante allgemeiner Theorien über soziale Gerechtigkeit und die Erfahrung relativer Deprivation¹⁷, im zweiten Fall handelt es sich um eine Variante allgemeiner Theorien über soziale Interaktion und die Erfahrung von Rollenkonflikten und cross-pressure¹⁸.

Eine Kombination und Neuinterpretation beider Theorievarianten hat *Gerhard E. Lenski*¹⁹ angeregt. Individuen orientieren ihre Selbsteinschätzung nach *Lenski* immer an ihrem höchsten Status, ihre Bezugspersonen beurteilen und behandeln sie jedoch häufig entsprechend ihrem niedrigeren Status. *David R. Segal*²⁰ hat diese Überlegung mit der Dissonanztheorie *Fritz Heiders*²¹ verbunden: Eine Person P interagiert mit einer Person O. Beide beurteilen das Objekt X, den für die Interaktion relevanten Status von P, unterschiedlich. Die Dissonanz der Urteile führt zu Streß. Die Theorievarianten werden gewöhnlich miteinander kombiniert. Es erscheint dennoch lohnend, ihre Implikationen zu explizieren und zu prüfen, welcher der Varianten die Verhaltenskonsequenzen von Statusinkonsistenz am besten erklärt. Wir werden dies für die beiden ersten Ansätze mit Hilfe einiger ex-post-facto-Experimente versuchen.

Die einzelnen Statusdimensionen werden von verschiedenen Autoren verschieden gruppiert und bezeichnet. *Irving Goffman*²² und eine Reihe anderer Autoren unterscheiden zugeschriebene Status wie Rasse, Religion und Nationalität und erworbene Status wie Bildung, Beruf und Einkommen. *James A. Geschwender*²³ differenziert in Anlehnung an die Terminologie von *George C. Homans* zwischen Investitionsstatus und Gratifikationsstatus. Als *Investitionsstatus* können wir Bildung für Beruf und Einkommen und Beruf für Einkommen betrachten. Als *Gratifikationsstatus* können wir Beruf und Einkommen für Bildung und Einkommen für Beruf ansehen. Der Berufsstatus wird also – je nach Betrachtungsweise – als Investitionsstatus oder Gratifikationsstatus eingestuft. *Baldo Blinkert* und seine Mitautoren²⁴ übernehmen diese Gruppierung, bezeichnen jedoch die Investitionsstatus als *erwartungsauslösende Status* und die Gratifikationsstatus als *erwartungsrealisierende Status*. Wir werden der Gruppierung von *James A. Geschwender* folgen und seine Begriffe mit jenen von *Baldo Blinkert* synonym verwenden.

Ähnlich unterschiedlich wie die vermutlichen Ursachen statusbedingter Verhaltensweisen und die Einteilung der Statusdimensionen sind die Definitionen von Statuskonsistenz und Statusinkonsistenz. Auch hier werden drei verschiedene Konzepte verwandt, die wir in drei Definitionen erfassen können.

Statusdevianz nennen wir, *Baldo Blinkert* und seine Mitautoren variierend, die Abweichung aktualisierter Statuskombinationen von typischen, d. h. in der Population allgemein verbreiteten Statuskombinationen. Konsistenzkriterium für Statusdevianz ist die in einer Population am häufigsten realisierte Kombination jeweils mindestens zweier Status.

Die Definition unterscheidet sich von der erwähnten in zwei Punkten: *Baldo Blinkert*

und seine Mitautoren beziehen sich nicht auf die tatsächliche Verteilung von Statuskombinationen, sondern auf die »allgemein antizipierten Statusmuster«²⁵. Die Autoren machen damit einen sozialpsychologischen Begriff zur Grundlage einer soziologischen Theorie und riskieren völlig unnötigerweise, daß ihre Definition nicht anwendbar ist, weil die typischen Statuskombinationen möglicherweise nicht allgemein als die typischen Statuskombinationen antizipiert werden. Die Definition verstellt darüber hinaus den Blick auf die Zusammenhänge zwischen tatsächlicher und vermeintlicher Verteilung von Statuskombinationen, deren Wahrnehmung selbst durchaus statusabhängig sein kann. Die Autoren definieren Statusdevianz ferner als »Grad der Abweichung« – der Grad der Abweichung ist jedoch ebenfalls eine empirische Größe und gehört wie alle empirisch gehaltenen Aussagen nicht in die Definition. Andernfalls muß man akzeptieren, daß es nicht *eine* definierte Statusdevianz in verschiedener Ausprägung, sondern per definitionem entsprechend dem Grad ihrer Ausprägungen verschiedene Statusdevianzen gibt²⁶. Es wird dann nicht mehr ein Merkmal gemessen, sondern es werden beliebig viele Merkmale nebeneinandergestellt.

Statusdiskrepanz nennen wir die Abweichung aktualisierter Statuskombinationen von einem errechneten Durchschnittsstatus. Konsistenzkriterium für Statusdiskrepanz ist ein fiktiver Durchschnittsstatus. Das übliche Verfahren zur Messung von Statusdiskrepanz hat *Gerhard Lenski* entwickelt²⁷. Im Unterschied zum ersten Modell werden Personen nicht danach beurteilt, ob jeweils mindestens zwei aktualisierte Status von einer allgemein verbreiteten Statuskombination abweichen. Sie erhalten vielmehr für jeden Status auf jeder Statusdimension entsprechend dem Mittelwert der kumulierten Prozentsätze aller Personen, die auf die einzelnen Kategorien entfallen, einen Wert zugewiesen. Aus den Einzelwerten wird ihr Inkonsistenzwert errechnet.

Statusdisparität nennen wir die Abweichung der absoluten Höhe eines realisierten Status von der absoluten Höhe eines anderen realisierten Status einer Person. Konsistenzkriterium für Statusdisparität ist Statusparität: die Übereinstimmung der absoluten Höhen der Status. Im Unterschied zur Statusdiskrepanz und Statusdisparität werden die Status einer Person dabei ohne Rücksicht auf tatsächlich in der Population aktualisierte Statuskombinationen und ohne Rücksicht auf die Häufigkeit der in einer Population aktualisierten Status miteinander verglichen.

Nach diesen begrifflichen Vorklärungen können wir folgende theoretischen Annahmen formulieren: Personen mit konsistenten Statuskombinationen sehen ihre Staturerwartungen erfüllt, ihre Verhaltenserwartungen werden von ihrer Umwelt erfüllt, sie selbst sind erfüllbaren Verhaltenserwartungen ihrer Umwelt ausgesetzt. Statuskonsistente entwickeln deshalb ein Gefühl sozialer Sicherheit. Sie betrachten die sozialen Verhältnisse, die ihnen das Erreichen gerecht erscheinender Lebensumstände und die Erfüllung der an sie gestellten Erwartungen ermöglichten, als im großen und ganzen gerecht. Dabei besitzen sie ein distanziertes und relativ vorurteilsfreies Verhältnis zu allen *pragmatischen* Forderungen und Formen sozialen Wandels.

Personen mit inkonsistenten Statuskombinationen sehen ihre Staturerwartungen unerfüllt, ihre Verhaltenserwartungen werden von der Umwelt enttäuscht, sie selbst sind unerfüllbaren Verhaltenserwartungen ihrer Umwelt ausgesetzt. Die unerfüllten und unerfüllbaren Erwartungen führen zu Statusunsicherheit, Statusangst, zu Streß²⁸.

Streß wird als negatives Erlebnis wahrgenommen. Die Statusinkonsistenten versuchen daher, den Streß zu vermindern oder zu beseitigen.

Statusbedingter Streß kann durch mehrere funktionale Äquivalente vermindert werden. Folgende Äquivalente wurden besonders häufig untersucht: Statusinkonsistente ändern ihre individuellen Statuskombinationen. Die Folge davon ist soziale Mobilität. Statusinkonsistente vermeiden statusbedingte Konflikte. Die Folge davon ist soziale Isolierung. Statusinkonsistente agieren für die Veränderung der gesellschaftlichen Ursachen ihrer Statusinkonsistenzen. Die Folge davon sind Präferenzen für *radikalen* politischen und sozialen Wandel. Diese letzte Alternative soll uns im folgenden allein interessieren²⁹.

Statusinkonsistenz resultiert aus Privilegierungen und Unterprivilegierungen (vergl. die Meßdefinitionen unten). Nur in seltenen Fällen wird die gesamte Inkonsistenz einer Person allein auf Privilegierungen oder Unterprivilegierungen zurückzuführen sein. In den weitaus meisten Fällen wird sie sich aus Privilegierungen und Unterprivilegierungen zusammensetzen. Wir können dennoch die Privilegierungen und Unterprivilegierungen getrennt betrachten und von folgenden Annahmen ausgehen:

Personen mit starken Unterprivilegierungen fühlen sich sozial benachteiligt, ihre Umwelt erfüllt ihre Erwartungen nicht und sie selbst werden den Erwartungen ihrer Umwelt nicht gerecht: Sie sind zugleich benachteiligt und überfordert. Personen in dieser sozialen Lage werden wie Statusinkonsistente reagieren und individuelle oder gesellschaftliche Veränderungen erstreben.

Personen mit starken Privilegierungen fühlen sich sozial privilegiert. Dennoch erfüllt ihre Umwelt ihre Erwartungen nicht hinreichend und sie selbst können den Erwartungen ihrer Umwelt nicht hinreichend gerecht werden. Ein Volksschüler mit einem Spitzenverdienst z. B. wird von seinen Einkommens-Kollegen nicht wie ein höher Gebildeter behandelt werden, er selbst wird den Erwartungen seiner Kollegen nicht voll gerecht werden können. Personen mit starken Privilegierungen sind daher zugleich sozial privilegiert und gesellschaftlich benachteiligt. Personen mit starken Privilegierungen werden ihre soziale Lage rechtfertigen und verteidigen. Im Gegensatz zu den Statuskonsistenten, Statusinkonsistenten und speziell im Gegensatz zu den Personen mit starken Unterprivilegierungen werden sie, da ihre Privilegierungen gefährdet sind, alle Formen sozialen Wandels scharf ablehnen.

Die Statusinkonsistenztheorie existiert, wie wir sahen, in zwei Varianten. Die erste Fassung beruht auf der Annahme, daß Statusinkonsistente widersprüchliche Erwartungen ausbilden, die zweite, daß sie (auch) widersprüchlichen Erwartungen ausgesetzt sind. Die folgenden Überlegungen können uns Hinweise darauf geben, welche der beiden Varianten vorzuziehen ist.

Betrachtet man die Verhaltenskonsequenzen von Statusinkonsistenz als Folge unbefriedigter Vorstellungen über sozial gerechte Statuskombinationen, dann werden die Verhaltenskonsequenzen nur durch Abweichungen der Gratifikationsstatus von den auf Grund der Investitionsstatus gerecht erscheinenden Kombinationen hervorgerufen. Betrachtet man die Verhaltenskonsequenzen von Statusinkonsistenz jedoch auch als Folge konfligierender Erwartungen der Bezugsgruppen des Statusinhabers, dann werden die Verhaltenskonsequenzen auch durch Abweichungen der Investitionsstatus von den auf

Grund der Gratifikationsstatus gerecht oder normal erscheinenden Statuskombinationen hervorgerufen. Personen mit hoher Schulbildung und niedrigem Einkommen z. B. werden dann zwar hinsichtlich ihres Einkommens unterprivilegiert sein und bei Interaktionen mit Schulfreunden dementsprechend behandelt werden, sie werden jedoch bei Interaktionen mit gleich entlohnten, jedoch niedrig gebildeten Berufskollegen privilegiert sein und eine Sonderstellung genießen. Durch eine Variation des Meßverfahrens, das *Baldo Blinkert* und seine Mitautoren angegeben haben, werden wir beide Ansätze überprüfen und gegeneinander abwägen können.

II

Parallel zur Entfaltung der Statusinkonsistenztheorie entwickelte sich eine empirisch untermauerte Generalkritik des gesamten Konzeptes.

Marvin E. Olsen und *Judy Corder Tully*³⁰ referieren 14 meist neuere Untersuchungen der Wirkung von Statusinkonsistenz. Drei Studien bestätigen die Annahmen *Gerhard Lenskis*, 7 Studien bestätigen den prognostizierten Zusammenhang für einige besondere Statuskombinationen, 4 Studien finden überhaupt keinen Zusammenhang. Die eigenen empirischen Arbeiten der beiden Autoren verstärken noch den Zweifel an der Richtigkeit der theoretischen Annahmen. *Marvin E. Olsen* und *Judy C. Tully* überprüfen zehn abhängige Variablen und finden nur in zwei Fällen signifikante Zusammenhänge zwischen Statusinkonsistenz und dem Interesse an politischer Veränderung. In beiden Fällen handelt es sich um eine besondere Form der Inkonsistenz, eine scharfe Disparität zwischen sozio-ökonomischem und ethnischem Status, keiner der Fälle erklärt mehr als 1½ Prozent der Gesamtvarianz in den abhängigen Variablen.

Eine noch umfassendere und vernichtendere Studie legen *Elton E. Jackson* und *Richard F. Curtis* vor³¹. Sie überprüfen 43 abhängige Variablen und finden keinen systematischen Zusammenhang zwischen Statusinkonsistenz und politischer Einstellung. Die Zusammenhänge variieren vielmehr sowohl innerhalb verschiedener Formen von Inkonsistenz als auch von Stadt zu Stadt, aus denen die Daten stammen. *Elton Jackson* und *Richard Curtis* fordern daher genauso wie *Marvin Olsen* und *Judy Tully*, Statusinkonsistenz als Erklärungsmodell für politisches Verhalten aufzugeben³². Diese empirisch untermauerte Generalkritik scheint Ausdruck einer allgemein wachsenden Verdrossenheit über die Brauchbarkeit vorhandener sozialwissenschaftlicher Theorien zu sein.

Clark McPhail analysiert 50 Assoziationen zwischen relativer Deprivation und der Teilnahme an Rassenunruhen, 84 Assoziationen zwischen Frustration und der Teilnahme an Rassenunruhen und 30 Assoziationen zwischen einem kombinierten Faktor relative Deprivation/Frustration und der Teilnahme an Rassenunruhen. Im ersten Fall sind nur 4% aller *Cramérschen* Assoziationskoeffizienten größer als .29, im zweiten Fall nur 14% größer als .29 und im dritten Fall nur 3% größer als .59. Die Annahme, relative Deprivation und Frustration seien Ursachen illegaler politischer Gewalt, muß daher nach *Clark McPhail* ernsthaft überprüft werden³³.

Ein Jahr zuvor schon kam *Seymour Spilerman* nach einer Analyse aller verfügbaren Daten über die Entstehung von Rassenunruhen zu der Überzeugung, daß die Teilnahme

an Rassenunruhen nicht durch Situationsvariablen wie Ausbildung, Beruf und Einkommen oder durch andere Daten über die soziale Lage der Akteure erklärt werden kann³⁴.

Die referierten Arbeiten sind durch vier hervorstechende Merkmale gekennzeichnet: Die Autoren untersuchen eine Vielzahl unabhängiger und abhängiger Variablen und sie verwenden dabei zur Aufbereitung der Daten verhältnismäßig aufwendige statistische Analyseverfahren. Das Skalenniveau und der theoretische Hintergrund, vor dem die Skalen entwickelt und die Ergebnisse interpretiert werden, ist im Vergleich dazu jedoch höchst bescheiden. Die scheinbar systematischen Überblicke erweisen sich zudem bei näherer Betrachtung als höchst unvollständige und subjektive Darstellungen. So referieren beispielsweise *Marvin Olsen* und *Judy Tully* weder die Studien von *James A. Geschwender*³⁵, *David R. Segal*³⁶, *James A. Geschwender* und *Benjamin S. Singer*³⁷, die die Annahmen *Gerhard Lenskis* bestätigen, noch erwähnen sie die Arbeiten von *Stanley Eitzen*³⁸, *Gary B. Rush*³⁹ und *Eugen Lupri*⁴⁰, die genau zu entgegengesetzten Ergebnissen gelangen. Auch diese Auswahl ist subjektiv und unvollständig. Aber auch ein vollständiger Überblick, der eigentümlicherweise noch immer aussteht, hätte nur dann wirklich einen theoretischen und praktischen Sinn, wenn er die Verschiedenartigkeit der unabhängigen und abhängigen Variablen berücksichtigen würde.

Die Kritiker der Statusinkonsistenztheorie referieren jedoch Studien, in denen die abhängigen Variablen mit den verschiedensten Meßverfahren erfaßt werden, und sie selbst messen Statusinkonsistenz auch dann, wenn sie sich explizit auf *Gerhard Lenski* berufen, als Statusdisparität. In diesen Fällen werden, wie *Baldo Blinkert* und seine Mitautoren zeigten⁴¹, keine Statusdevianzen gemessen, die Ergebnisse jedoch durch eine Theorie der Statusdevianz interpretiert. Die Ergebnisse der Meßverfahren wären jedoch nur dann wenigstens annähernd vergleichbar, wenn zu einem nächsthöheren Berufsstatus normalerweise ein nächsthöherer Ausbildungs- und Einkommensstatus gehören würde. Die Status müßten also in der Population normalerweise auf allen Dimensionen parallel ansteigen. Diese Annahme ist jedoch in differenzierten und mobilen Gesellschaften völlig unrealistisch. Dadurch können ganze Berufsgruppen falsch eingestuft werden. In der Bundesrepublik besitzen z. B. Bauern mit eigenem Grundbesitz sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in der Einschätzung ihrer Umwelt sicher einen höheren Berufsstatus als ungelernete Arbeiter. Dennoch ist die Einkommensverteilung in beiden Berufskategorien sehr ähnlich (vgl. die Berufskategorien 1 und 4 in *Schaubild 1* unten). Bei der Verwendung von Statusparitäten besteht daher die Gefahr, daß die Bauern als Unterprivilegierte eingestuft werden. Auf Grund der theoretischen Annahmen müßten sie dann besonders häufig Interesse an politischen Veränderungen besitzen, genau das Gegenteil ist aber bekanntlich der Fall. Die widersprüchlichen Ergebnisse nicht weniger Studien werden sich auf solche Meßfehler zurückführen lassen.

Ähnlich verhält es sich mit der Wahl der abhängigen Variablen. So werden Testfragen, die Rückschlüsse auf grundlegende Einstellungen zulassen, mit Testfragen verglichen, die allenfalls als Stimmungsbarometer gelten können. Insbesondere Parteipräferenzen, deren große Veränderbarkeit hinreichend bekannt ist, erscheinen besonders ungeeignete Indikatoren für die Wirkung langfristiger individueller Statuskombinationen.

Anerkennt man, daß die Wahl der Meßverfahren und die Art der abhängigen Variablen in vielen Fällen dafür verantwortlich sein wird, daß keine Beziehungen zwischen Statusinkonsistenz und Verhalten gefunden wurden, bleibt die Kritik an dem geringen numerischen Wert der gefundenen Korrelationen unter praktischen Gesichtspunkten dennoch generell gerechtfertigt: Eine Theorie mit derart geringem prognostischen Gehalt wie die Statuskonsistenztheorie ist für die Ermittlung politischer und sozial-technologischer Präventivmaßnahmen höchst ungeeignet. Die augenblickliche praktische Bedeutungslosigkeit der Theorie ist jedoch andererseits kein Einwand gegen ihre Richtigkeit. Die geringen Korrelationen zwischen Statusinkonsistenz und Verhalten folgen vielmehr notwendig aus der Theorie selbst.

Radikale Einstellungen und abweichende Verhaltensweisen wird man generell als Folgen verschiedenartiger und komplexer Ursachen ansehen müssen und daher nicht monokausal auf einen einzigen Faktor, Statusinkonsistenz, zurückführen können. Allein aus diesem Grund schon werden die Beziehungen zwischen Statusinkonsistenz und radikalen Einstellungen nicht übermäßig hoch sein. Die Komplexität des theoretischen Ansatzes wird die zu erwartenden Zusammenhänge noch einmal verkleinern.

Die von der Statusinkonsistenztheorie prognostizierten Wirkungen treten – wie die Explikation oben schon angedeutet hat – nur unter einer Reihe von Bedingungen ein:

1. Statusinkonsistente müssen ihre Inkonsistenz wahrnehmen. Hieraus folgt, daß die prognostizierte Wirkung u. a. von der gesellschaftlichen Transparenz abhängt.
2. Sie müssen wegen ihrer Inkonsistenz Streß empfinden. Hieraus folgt, daß die prognostizierte Wirkung von der Wirksamkeit von Egalitätsbestrebungen abhängt.
3. Sie müssen unter diesem Streß tatsächlich so leiden, daß sie ihn vermindern wollen. Hieraus folgt, daß die prognostizierte Wirkung vom Persönlichkeitstyp des Statusinkonsistenten abhängt⁴².
4. Die Streßreduzierung muß mit Hilfe einer der aufgezeigten funktionalen Alternativen geschehen. Hieraus folgt, daß nur die Kontrolle einer Vielzahl anderer Alternativen erschöpfend Auskunft über die Wirkung von Statusinkonsistenz geben kann.

Geht man von der optimistischen Annahme aus, daß 80 % aller Individuen mit inkonsistenten Statuskombinationen diese Inkonsistenzen wahrnehmen und daß 80 % von ihnen Streß empfinden und daß 80 % diesen Streß tatsächlich vermindern wollen und daß schließlich 80 % von ihnen eine der untersuchten funktionalen Äquivalente zur Streßreduzierung ergreifen, dann wird man selbst bei dieser optimistischen Einschätzung der Zusammenhänge allenfalls erwarten können, daß 40 % aller Statusinkonsistenten die prognostizierten Verhaltensweisen zeigen werden. Da Statusinkonsistente auf Grund theoretischer Erwägungen mehrere funktionale Äquivalente zur Streßreduzierung besitzen, reduziert sich die Wahrscheinlichkeit des Auftretens *einer* Alternative entsprechend der Gesamtzahl aller möglichen Alternativen. Dies gilt zumindest so lange, als keine Hierarchie der Äquivalente nachgewiesen ist.

Berücksichtigt man die Komplexität des theoretischen Ansatzes, dann erscheint es weder erstaunlich, daß bei der üblichen Kontrolle nur einer von mehreren möglichen abhängigen Variablen zuweilen kein Zusammenhang zwischen Statusinkonsistenz und der mehr oder weniger zufällig erfaßten Variablen besteht, noch erscheinen Korrelationen

zwischen .2 und .3 als zu gering. Die durchaus berechtigte Kritik an der Unsicherheit der Beziehungen und der Schwäche der gefundenen Korrelationen muß sich daher nicht gegen die Theorie, sondern gegen die groben Unzulänglichkeiten der Prüfmöglichkeiten richten. Die kritische Frage lautet beim heutigen Stand der empirischen Kenntnisse *nicht*: Ist die Theorie richtig? Sie lautet vielmehr: Unter welchen Randbedingungen treten die prognostizierten Folgen ein?

Diese Frage kann aber nur beantwortet werden, wenn zunächst der prognostische Gehalt der beiden Theorievarianten und dann der relative Einfluß der intervenierenden Variablen in systematischen Studien analysiert werden. Hierbei werden auch noch so raffinierte Sekundärstatistiken nicht wesentlich weiterhelfen. Notwendig wären Forschungsprogramme, die für diesen Zweck entworfen werden. Alles andere muß letzten Endes immer Stückwerk bleiben.

III

Die folgenden *ex-post-facto*-Experimente besitzen drei Ziele: Sie sollen die Hypothese über den Zusammenhang zwischen Statusinkonsistenz und politischem Radikalismus prüfen, sie sollen die Hypothesen über die Zusammenhänge zwischen Privilegierungen und Unterprivilegierungen als den beiden Elementen von Statusinkonsistenz und politischem Radikalismus prüfen und sie sollen den prognostischen Gehalt der beiden Theorievarianten gegeneinander abwägen. In allen drei Fällen wird man die Ergebnisse weniger als Feststellungen denn als Anregungen für gezielte Untersuchungen betrachten müssen.

Die Indikatorfragen

In Berlin dringen am 14. Mai 1970 bewaffnete und maskierte Anarchisten in den Lese-raum des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen ein und befreien den Häftling *Andreas Baader* mit Waffengewalt. Zwei Justizwachtmeister werden verletzt. Die Baader-Meinhof-Gruppe ist entstanden. Sie überfällt am 29. September gleichzeitig drei Banken in Berlin und raubt am 15. Januar 1971 zwei Kasseler Banken aus. Einige Gruppenmitglieder werden, z. T. nach heftigen Schußwechseln, festgenommen. Im Februar 1971 kursieren Gerüchte, die Gruppe wolle Bundeskanzler *Brandt* entführen, um ihn gegen die verhafteten Gruppenmitglieder auszutauschen. Die größte polizeiliche Fahndungsaktion nach dem Kriege ist angelaufen.

Im März 1971 kennt fast jeder erwachsene Deutsche die Baader-Meinhof-Gruppe. Die Frage »Haben Sie schon einmal die Namen: *Baader*, *Meinhof* oder *Mahler* gehört – sie gehören zu einer Gruppe, die etwas mit einer Kaufhausbrandstiftung zu tun hatte?« bejahen 82% aller Befragten⁴⁹. Die Beurteilung der Gruppe jedoch ist in der Bevölkerung höchst umstritten: 18% glauben, sie handelt aus politischen Motiven, weitere 13% sind noch unentschieden, fast genau die Hälfte der Bevölkerung hält die Gruppenmitglieder für Kriminelle (*Tabelle 1*).

Tabelle 1: Ansichten über die Motive der Baader-Meinhof-Gruppe

Frage:

»Hier unterhalten sich zwei über diese Gruppe. Wem würden Sie da eher zustimmen: dem Oberen oder dem Unteren?« (Vorlage eines Bildblattes).

Der Obere sagt: »Die Leute in dieser Gruppe haben früher vielleicht nur aus politischer Überzeugung gehandelt, aber jetzt haben sie sich zu richtigen Verbrechern erniedrigt.«

Der Untere sagt: »Ich bin zwar mit vielem, was diese Gruppe macht, nicht einverstanden, aber trotzdem glaube ich, daß sie auch heute noch vor allem aus politischer Überzeugung handelt.«

Handeln aus politischer Überzeugung	Unentschieden, kein Urteil	Haben sich zu richtigen Verbrechern erniedrigt	Nichts von Baader-Meinhof gehört	Summe
18 0/0	13 0/0	51 0/0	18 0/0	100 0/0

n = 1.041; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 2069

Ein Dreivierteljahr später hat sich das Bild entscheidend verschoben. Nach Großfahndungen und Schußwechseln, nach dem Tod der Anarchistin *Petra Schelm* und des Polizisten *Norbert Schmid* billigen 40 0/0 der erwachsenen Gesamtbevölkerung der Gruppe politische Motive zu, 17 0/0 sind unentschieden und nur noch 28 0/0 glauben an kriminelle Motive. Noch immer haben fast genauso viele wie im Frühjahr 1971 – genau 21 0/0 – von der Baader-Meinhof-Gruppe nichts gehört oder das Gehörte schon wieder vergessen ⁴⁴.

Wir werden die Antworten auf »Ich bin zwar mit vielem, was diese Gruppe macht, nicht einverstanden, aber trotzdem glaube ich, daß sie auch heute noch vor allem aus politischer Überzeugung handelt«, als Indikator für eine distanzierte und relativ urteilsfreie Einstellung zu einer radikalen politischen Minderheit betrachten und annehmen, daß Statuskonsistente diese Meinung häufiger vertreten als Statusinkonsistente. Unterprivilegierte werden sie häufiger, Privilegierte seltener als Statuskonsistente äußern.

Der Kreis der Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe im engeren Sinne war im Frühjahr 1971 erstaunlich groß. Wenige Wochen nach den beiden Banküberfällen in Kassel, den Gerüchten über Pläne zur Entführung *Willy Brandts* und dem Versuch

Tabelle 2: Ansichten über die Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe

Frage:

»Einige Mitglieder dieser Gruppe werden ja von der Polizei noch verfolgt. Angenommen, jemand von dieser Gruppe würde für eine Nacht um Schutz bitten: Hätten Sie Verständnis dafür, wenn jemand ihn aufnimmt, oder kein Verständnis?«

Hätte Verständnis dafür	Unentschieden, kein Urteil	Hätte kein Verständnis dafür	Nichts von Baader-Meinhof gehört	Summe
12 0/0	8 0/0	62 0/0	18 0/0	100 0/0

n = 526; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 2069

von *Heinrich Jansen*, seiner Festnahme durch ein Feuergefecht mit Polizisten zu entgehen, tolerierte jeder fünfte Bundesbürger den Schutz der Anarchisten vor Verfolgung und Verhaftung oder war zumindest unentschieden in seiner Haltung (*Tabelle 2*).

Selbst die außerordentliche Toleranz für die Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe gibt nur einen schwachen Eindruck vom Ausmaß entschlossener Hilfsbereitschaft für die Anarchisten: jeder siebente Bundesbürger wollte im Frühjahr 1971 nicht ausschließen, daß er ein Mitglied der Gruppe für eine Nacht aufnehmen würde, um es vor der Polizei zu schützen, sechs Prozent bezeichneten sich sogar völlig fremden Interviewern gegenüber offen als potentielle Helfer der Anarchisten (*Tabelle 3*).

Tabelle 3: Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe

Frage:

»Einige Mitglieder dieser Gruppe werden ja von der Polizei noch verfolgt. Angenommen, jemand von dieser Gruppe würde Sie für eine Nacht um Schutz bitten: würden Sie ihn für eine Nacht aufnehmen, oder würden Sie das nicht tun?«

Würde ihn für eine Nacht aufnehmen	Unentschieden, kein Urteil	Würde es nicht tun	Nichts von Baader-Meinhof gehört	Summe
6 0/0	7 0/0	69 0/0	18 0/0	100 0/0

n = 456; Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 2069

Wir werden die Antworten »Ich hätte Verständnis dafür, wenn jemand ein Gruppenmitglied für eine Nacht aufnimmt« und »Ich würde ein Gruppenmitglied für eine Nacht aufnehmen« als Indikatoren für eine radikale politische Einstellung betrachten und annehmen, daß Statusinkonsistente diese Meinung häufiger vertreten als Statuskonsistente. Unterprivilegierte werden sie häufiger, Privilegierte seltener als Statuskonsistente äußern. Entgegen weitverbreiteten Annahmen zeigen die Daten, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, keinen signifikanten Zusammenhang zwischen Ausbildungs-, Berufs- und Einkommensstatus und der Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe. Die Sympathisanten und potentiellen Helfer fanden sich vielmehr nahezu gleich häufig in allen Einzelkategorien.

Die Baader-Meinhof-Gruppe genoß insbesondere entgegen einer häufig geäußerten Vermutung unter den Hoch-Gebildeten keine besonderen Sympathien. Gerade die Hoch-Gebildeten zweifelten besonders häufig an den politischen Motiven der Gruppe und lehnten ihren Schutz ab. Um so erstaunlicher ist der statistisch gut gesicherte Zusammenhang zwischen hoher Formalbildung und der Toleranz für die Helfer der Anarchisten (*Tabelle 4*).

Tabelle 4: Bildungsstatus und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Volksschule	Höhere Schule ohne Abitur, Han- delsschule, Berufsschule	Höhere Schule mit Abitur, Studium	p *	C**
Handeln aus politischer Überzeugung	(n = 584) 22 %	(n = 216) 20 %	(n = 40) 18 %	n. s.	
Würde ihren Schutz billigen	(n = 267) 10 %	(n = 128) 16 %	(n = 28) 50 %	0.001	0.26
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	(n = 252) 5 %	(n = 92) 12 %	(n = 20) 3 %	n. s.	

* Chi - Quadrat bei vier Freiheitsgraden bezogen auf die bejahende und die hier nicht aufgeführten unentschiedenen und verneinenden Antworten. Wegen der Komplexität der Fragestellung wurde ein Wert von $p < 0.10$ noch als signifikant betrachtet. Die Mittelwerte für alle Befragten betragen nach der Ausscheidung der Personen ohne Kenntnisse bei der ersten Frage 22 %, der zweiten Frage 14 % und der dritten Frage 7 %.

** Kontingenzkoeffizient ⁴⁵.

Die außerordentlich große Bereitschaft der Hoch-Gebildeten, den Schutz der Baader-Meinhof-Gruppe zu billigen, dürfte wegen ihrer sonst eher abweisenden Einstellung entgegen unserer Annahme nicht auf eine radikale Parteinahme für die Anarchisten hinweisen. Diese Einschränkung macht die Vorsicht deutlich, mit der selbst diese scheinbar eindeutigen Indikatoren betrachtet werden müssen. Sie verlangt gleichzeitig nach einer Erklärung für das Verhalten der Hoch-Gebildeten.

Hoch-Gebildete sind, wie wir aus einer Vielzahl von Untersuchungen wissen, generell toleranter gegen alle Formen abweichenden Verhaltens als Personen mit geringer Formalbildung, und sie besitzen dabei zugleich eine kritischere Einstellung als diese zu Polizei und Justiz ⁴⁶. Diese Grundhaltung dürfte auch hier die Antworten geprägt haben: die Toleranz der Hoch-Gebildeten für die Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe ist daher eher als Indiz für ihre Mißbilligung der Fahndungsmethoden denn einer Überzeugungsgemeinschaft mit den Verfolgten zu betrachten.

Die Aufgliederung der Berufsstatus zeigt keinen signifikanten Zusammenhang mit der Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe (Tabelle 5). Am ehesten lassen sich noch in den Extremgruppen Tendenzen erkennen: Personen mit besonders geringem Berufsstatus billigen der Baader-Meinhof-Gruppe eher politische Motive zu und sind eher zu ihrem Schutz bereit. Personen mit besonders hohem Berufsstatus besitzen hingegen größere Toleranz für die Helfer der Anarchisten. Diese Befunde werden durch den hohen Anteil der Niedrig- bzw. Hoch-Gebildeten an diesen Berufskategorien erklärt werden können.

Tabelle 5: Berufsstatus und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Arbeiter ohne Fach- prüfung, Landarbeiter	Arbeiter mit Fachprüfung	Nichtleitende Angestellte, Beamte des mittleren u. einfachen Dienstes	Landwirte, kleine u. mittlere Geschäfts- leute, selb- ständige Handwerker	Leitende Angestellte, Beamte des höheren u. gehobenen Dienstes, Geschäfts- führer größe- rer Unter- nehmen, Direktoren, Freie Berufe	p *
Handeln aus politischer Überzeugung	(n = 167) 21 0/0	(n = 232) 26 0/0	(n = 233) 22 0/0	(n = 118) 17 0/0	(n = 90) 16 0/0	n. s.
Würde ihren Schutz billigen	(n = 77) 10 0/0	(n = 113) 13 0/0	(n = 118) 16 0/0	(n = 64) 11 0/0	(n = 60) 22 0/0	n. s.
Würde sie für eine Nacht auf- nehmen	(n = 69) 12 0/0	(n = 94) 3 0/0	(n = 94) 10 0/0	(n = 60) 5 0/0	(n = 47) 4 0/0	n. s.

* Chi-Quadrat bei acht Freiheitsgraden

Auch zwischen dem Einkommensstatus und der Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe besteht kein signifikanter Zusammenhang. Personen mit besonders niedrigem Einkommen billigen der Gruppe jedoch etwas häufiger politische Motive zu als Personen mit hohem Einkommen. Gerade dieser Personenkreis bezeichnet sich jedoch eigentümlicherweise besonders häufig als potentiellen Helfer der Anarchisten (Tabelle 6).

Tabelle 6: Einkommensstatus und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	000-799	800-999	1000-1249	1250-1449	1500-*	p **
Handeln aus politischer Überzeugung	(n = 204) 24 0/0	(n = 227) 24 0/0	(n = 213) 19 0/0	(n = 98) 24 0/0	(n = 98) 13 0/0	n. s.
Würde ihren Schutz billigen	(n = 109) 10 0/0	(n = 103) 15 0/0	(n = 97) 18 0/0	(n = 56) 14 0/0	(n = 67) 16 0/0	n. s.
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	(n = 86) 9 0/0	(n = 74) 4 0/0	(n = 105) 5 0/0	(n = 49) 6 0/0	(n = 50) 13 0/0	n. s.

* Netto-Monatseinkommen des Hauptverdieners im Haushalt

** Chi-Quadrat bei acht Freiheitsgraden

Die Betrachtung der Bildungs-, Berufs- und Einkommensstatus zeigt, daß eine individuelle Position innerhalb einer vertikalen Bildungs-, Berufs- oder Einkommenschicht auf die Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe keinen nennenswerten Einfluß ausübte. Man muß daher schon hier daran zweifeln, daß relative Deprivation im Sinne einer vertikalen Statusabweichung zu radikalen Einstellungen führt. Nicht-vertikale Statusdevianzen, die durch die Kombination extremer Einzelstatus entstehen, könnten diese Konsequenzen dagegen wahrscheinlich durchaus hervorrufen. Wir werden dies im folgenden prüfen.

Statusdevianz I

Die Statusinkonsistenztheorie als Variante der Theorie der ausgleichenden Gerechtigkeit geht davon aus, daß Individuen mit einem sozialen Status bestimmte Vorstellungen über sozial gerecht erscheinende Statuskombinationen übernehmen. Sie betrachtet die Bildungs- und Berufsstatus einer Person als Investitionen für ihren Einkommensstatus, ihre Berufs- und Einkommensstatus als Gratifikationen für ihren Bildungsstatus. Soziale Gerechtigkeit herrscht, wenn eine Person genau jene Gratifikationsstatus einnimmt, die sie auf Grund ihrer Investitionsstatus normalerweise erwarten kann. Die (höheren) Investitionen in einen höheren Investitionsstatus werden dabei durch höhere Gratifikationen auf einem Gratifikationsstatus gerecht ausgeglichen. Soziale Gerechtigkeit definieren wir daher als Statuskonsistenz, soziale Ungerechtigkeit als Privilegierung und Unterprivilegierung. Neben Privilegierung und Unterprivilegierung erfassen wir die Summe aller Abweichungen einer Person, ihre Statusinkonsistenz.

Das Meßverfahren

Statusinkonsistenz und relative Deprivation werden entweder durch subjektive oder durch objektive Indikatoren gemessen. Unter *subjektiven Indikatoren* verstehen wir Selbsteinschätzungen der Befragten, unter *objektiven Indikatoren* Einschätzung der Befragten durch Dritte. Die Verwendung subjektiver Indikatoren liefert eine direkte Beziehung zwischen der Wahrnehmung individueller Lebenssituationen und politischen Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen⁴⁷. Mit ihrer Hilfe kann daher der Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen aus dem Gefühl individueller Unzufriedenheit erklärt werden, über die objektiven sozialen Ursachen dieser individuellen Unzufriedenheit sagen sie jedoch nichts aus. Unter soziologischem Aspekt erscheint es daher unbedingt notwendig, neben den subjektiven Indikatoren objektive Indikatoren zu ermitteln.

In den folgenden Quasi-Experimenten werden wir, da subjektive Indikatoren nicht ermittelt wurden, ausschließlich objektive Indikatoren – die Bildungs-, Berufs- und Einkommensstatus der Befragten – verwenden. Die Statuskonsistenten, Privilegierten, Unterprivilegierten und Statusinkonsistenten ermitteln wir, indem wir das von *Baldo Blinkert* und seinen Mitautoren vorgeschlagene Meßverfahren systematisch verändern. Diese Veränderungen sollen uns Aussagen über die Fruchtbarkeit der beiden Varianten der Statusinkonsistenztheorie und die Wirkungen von Privilegierungen und Unterprivilegierungen als den beiden Konstitutionsmerkmalen von Statusinkonsistenz ermöglichen.

Wir eliminieren zunächst alle Befragten, die noch nichts von *Andreas Baader*, *Ulrike Meinhof* oder *Horst Mahler* gehört haben, unterteilen entsprechend den Kategorien in den *Tabellen 4, 5 und 6* die Bildungsdimension in drei, die Berufs- und Einkommensdimensionen in jeweils fünf Kategorien und ermitteln die Anzahl der jeweiligen Statusinhaber ⁴⁸ sowie die Häufigkeit der Kombinationen einzelner Status auf verschiedenen Dimensionen. Statuskonsistenz wurde als Übereinstimmung einer individuellen Statuskombination mit der in der Population am häufigsten auftretenden Statuskombination definiert, Statusdevianz dementsprechend als Abweichung hiervon. *Schaubild 1* zeigt am Beispiel der Teilstichprobe mit der Frage nach den vermutlichen Motiven der Baader-Meinhof-Gruppe die Abweichungen der erwartungsrealisierenden Einkommensstatus von jenen Einkommensstatus, die auf Grund der erwartungsauslösenden Berufsstatus normal sind. Die negativen Zahlen symbolisieren den Grad der Unterprivilegierung, die positiven Zahlen den Grad der Privilegierung eines Individuums hinsichtlich eines Status.

Schaubild 1: Abweichungen der erwartungsrealisierenden Einkommensstatus von den erwartungsauslösenden Berufsstatus.

Berufsstatus	Einkommensstatus										
	1		2		3		4		5		Summe
1	0	66	+ 1	51	+ 2	31	+ 3	17	+ 4	2	167
2	- 1	48	0	79	+ 1	73	+ 2	22	+ 3	10	232
3	- 2	52	- 1	56	0	77	+ 1	33	+ 2	15	233
4	0	35	+ 1	32	+ 2	18	+ 3	12	+ 4	21	118
5	- 4	3	- 3	9	- 2	14	- 1	14	0	50	90
Summe	204		227		213		98		98		840

Zu den Definitionen der Status vergl. *Tabellen 4, 5 und 6*

Aus den Abweichungen der einzelnen Status eines Individuums ermitteln wir die Summe seiner Statusabweichungen. Hierfür führen wir folgende Meßdefinitionen ein: *Privilegierung I* ist die Summe aller positiven Abweichungen der Gratifikationsstatus eines Individuums. Positive Abweichungen liegen vor, wenn der Betroffene höhere Gratifikationsstatus besitzt, als er normalerweise auf Grund seiner Investitionsstatus erwarten könnte.

Unterprivilegierung I ist die Summe aller negativen Abweichungen der Gratifikationsstatus eines Individuums. Negative Abweichungen liegen vor, wenn der Betroffene niedrigere Gratifikationsstatus besitzt, als er auf Grund seiner Investitionsstatus normalerweise erwarten könnte.

Statusinkonsistenz I ist die Summe aller Privilegierungen I und Unterprivilegierungen I eines Individuums.

Als normale Statuskombination betrachten wir die in der jeweiligen Stichprobe am häufigsten realisierte Statuskombination. Ein Teil der untersuchten Personen besitzt sehr geringe Abweichungen von einem oder zwei Graden. Wir vernachlässigen diese geringen Abweichungen und betrachten diese Personen als Statuskonsistente. Hierzu definieren wir als statuskonsistent die Hälfte bzw. das Drittel der jeweiligen Stich-

probe mit den geringsten Abweichungen. Im ersten Fall wird der Kreis der Devianten etwas enger, im zweiten etwas weiter gewählt. In den Tabellen ist dies als »Def. O=n/2« und »Def. O=n/3« ausgewiesen.

Durch die beiden Meßdefinitionen für Statuskonsistenz soll ein möglicher Einfluß der Definitionen auf die Ergebnisse kontrolliert werden. Bei der Unterteilung in leichte und starke Devianz wurde immer eine Halbierung der Devianten angestrebt. In Konfliktfällen wurde die Kategorie der Leicht-Devianten größer gewählt als die Kategorie der Stark-Devianten. Alle Daten wurden, um ihre Vergleichbarkeit zu vergrößern, in Prozentwerte umgerechnet.

Die empirischen Ergebnisse bestätigen mit einer Ausnahme tendenziell die theoretischen Annahmen, sie sind jedoch, wiederum von einer Ausnahme abgesehen, statistisch nicht signifikant. Personen mit starken Privilegierungen billigen der Baader-Meinhof-Gruppe seltener politische Motive zu und tolerieren ihren Schutz seltener als Statuskonsistente. Entgegen unseren Annahmen sind sie jedoch eher häufiger als Statuskonsistente potentielle Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe (*Tabelle 7*).

Tabelle 7: Privilegierung I und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Def. 0	Grad der Privilegierung			p *
		keine %	schwache %	starke %	
Handeln aus politischer Überzeugung	n/3	22	24	19	n. s.
	n/2	23	23	17	n. s.
Würde ihren Schutz billigen	n/3	18	15	11	n. s.
	n/2	18	14	8	n. s.
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	n/3	6	8	7	n. s.
	n/2	5	9	8	n. s.

* Chi-Quadrat bei vier Freiheitsgraden

Personen mit starken Unterprivilegierungen billigen der Baader-Meinhof-Gruppe häufiger politische Motive zu, sie tolerieren ihren Schutz häufiger, und sie scheinen auch etwas häufiger als Statuskonsistente zur aktiven Unterstützung der Anarchisten bereit zu sein. Auch hier sind die Beziehungen jedoch nur sehr schwach, nur ein einziger Zusammenhang ist statistisch auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant (*Tabelle 8*).

Die Statusinkonsistenztheorie als Variante der Theorie der ausgleichenden Gerechtigkeit und der allgemeineren Theorie der relativen Deprivation wird von den vorliegenden Ergebnissen nicht eindeutig bestätigt. Statusbedingte Gerechtigkeitsvorstellungen üben keinen oder nur einen minimalen Einfluß auf die Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe aus. Privilegierte und Unterprivilegierte verhalten sich fast genau so wie Statuskonsistente. Treffen jedoch bei einer Person Privilegierungen und Unterprivilegierungen zusammen und addieren sich zur Statusinkonsistenz, ergibt sich bei allen drei Indikatorfragen ein zwar schwacher, aber statistisch signifikanter Zusammenhang.

Tabelle 8: Unterprivilegierung I und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Def. 0	Grad der Unterprivilegierung			p *	C
		keine %/o	schwache %/o	starke %/o		
Handeln aus politischer Überzeugung	n/3 n/2	** 20	 23	 24	 n. s.	
Würde ihren Schutz billigen	n/3 n/2	** 13	 11	 26	 0.05	 0.15
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	n/3 n/2	5 6	7 8	8 8	n. s. n. s.	

* Chi-Quadrat bei vier Freiheitsgraden

** Nicht realisierbar, da die Kategorie ohne Unterprivilegierung größer als n/3

Tabelle 9: Statusinkonsistenz I und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Def. 0	Grad der Statusinkonsistenz			p *	C
		keine %/o	schwache %/o	starke %/o		
Handeln aus politischer Überzeugung	n/3 n/2	23 24	24 18	17 16	0.10 n. s.	0.10
Würde ihren Schutz billigen	n/3 n/2	14 14	14 16	16 12	0.05 n. s.	0.16
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	n/3 n/2	3 6	9 11	8 4	n. s. 0.02	0.18

* Chi-Quadrat bei vier Freiheitsgraden

Statuskonsistente billigen der Baader-Meinhof-Gruppe häufiger als Statusinkonsistente politische Motive zu, sie tolerieren ihren Schutz jedoch seltener und sind selbst auch seltener zur aktiven Unterstützung bereit. Alle Ergebnisse entsprechen den Annahmen (Tabelle 9).

Da Statusinkonsistenz die Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe nach den vorliegenden Ergebnissen beeinflusst, können wir annehmen, daß der Zusammenhang zwischen Statusdevianz und Meinungsdevianz im Sinne radikaler Einstellungen um so stärker sein wird, je häufiger und größer die Statusdevianzen sind. Wir prüfen diese Annahme, indem wir im folgenden zu den Abweichungen der erwartungsrealisierenden Status die Abweichungen der erwartungsauslösenden Status erfassen. Die mögliche größere Anzahl der Abweichungen wird die mögliche Zahl der Konflikte erhöhen. Personen, die besonders häufig Konflikten ausgesetzt sind, werden besonders häufig radikale Meinungen äußern.

Statusdevianz II

Die Statusinkonsistenztheorie als Variante der Rollentheorie geht davon aus, daß Individuen sich mit Personen mit gleichen erwartungsauslösenden und mit Personen mit gleichen erwartungsrealisierenden Status vergleichen und mit ihnen verglichen werden. Normsendende Bezugsgruppen sind hier also Personen mit gleichen Investitionsstatus und Personen mit gleichen Gratifikationsstatus. Ein Beispiel soll dies noch einmal verdeutlichen.

Ein examinierter Volkswirt in einer Bundesbehörde mag zwar im Vergleich zu seinen Studienkollegen in der freien Wirtschaft finanziell unterprivilegiert sein, er wird jedoch im Kreise gleich-verdienender Kollegen auf Grund seiner möglicherweise höheren Formalbildung zugleich privilegiert sein. Gleichgültig an welcher Bezugsgruppe er sich orientiert – er wird immer widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert sein.

Das Meßverfahren

Auf Grund der theoretischen Vorüberlegungen führen wir die Meßdefinitionen ein:

Privilegierung II ist die Summe aller positiven Abweichungen der erwartungsrealisierenden und erwartungsauslösenden Status eines Individuums. Positive Abweichungen liegen vor, wenn der Betroffene höhere erwartungsrealisierende Status auf Grund seiner erwartungsauslösenden Status besitzt als normal und wenn er höhere erwartungsauslösende Status auf Grund seiner erwartungsrealisierenden Status besitzt als normal.

Unterprivilegierung II ist die Summe aller negativen Abweichungen der erwartungsrealisierenden und erwartungsauslösenden Status eines Individuums. Negative Abweichungen liegen vor, wenn der Betroffene niedrigere erwartungsrealisierende Status auf Grund seiner erwartungsauslösenden Status besitzt als normal und wenn er niedrigere erwartungsauslösende Status auf Grund seiner erwartungsrealisierenden Status besitzt als normal.

Statusinkonsistenz II ist die Summe aller Privilegierungen II und Unterprivilegierungen II eines Individuums. Das Meßverfahren ist nun – bis auf die erwähnten Ausnahmen – mit dem von *Baldo Blinkert* und seinen Mitautoren angegebenen Verfahren identisch.

Die Abweichungen der erwartungsauslösenden Status eines Individuums von normalen Statuskombinationen werden praktisch erfaßt, indem man entsprechend den Abweichungen von den höchsten Zeilenwerten die Abweichungen von den höchsten Spaltenwerten bestimmt (vergl. *Schaubild 1*). Da die beiden Varianten der Statusinkonsistenztheorie die gleichen Verhaltens-, Einstellungs- und Meinungsprognosen machen, werden wir die gleichen Hypothesen zugrunde legen wie bei Statusdevianz I.

Die empirischen Ergebnisse bestätigen bis auf eine Ausnahme die theoretischen Annahmen. Die bei Statusdevianz I nur andeutungsweise erkennbaren Zusammenhänge zwischen realisierten Statuskombinationen und Einstellungen zur Baader-Meinhof-Gruppe sind nun durchweg statistisch besser gesichert und enger. Statuskonsistente glauben häufiger an politische Motive der Baader-Meinhof-Gruppe, tolerieren jedoch gleichzeitig ihren Schutz seltener und sind seltener selbst bereit, sie vor der Polizei zu schützen (*Tabelle 10*).

Tabelle 10: Statusinkonsistenz II und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Def. 0	Grad der Statusinkonsistenz			p *	C
		keine %	schwache %	starke %		
Handeln aus politischer Überzeugung	n/3 n/2	22 23	26 24	17 18	0.10 n. s.	0.10
Würde ihren Schutz billigen	n/3 n/2	13 11	10 18	23 19	0.02 n. s.	0.17
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	n/3 n/2	4 5	8 10	10 7	0.001 n. s.	0.24

* Chi-Quadrat bei vier Freiheitsgraden

Privilegierte glauben seltener an politische Motive der Baader-Meinhof-Gruppe und tolerieren ihren Schutz seltener als Statuskonsistente. Gleichzeitig bezeichnen sie sich jedoch eigentümlicherweise häufiger als potentielle Helfer der Anarchisten. Der Zusammenhang zwischen Privilegierung und der Bereitschaft zur Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe ist statistisch auf dem 1-Prozent-Niveau signifikant (Tabelle 11).

Tabelle 11: Privilegierung II und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Def. 0	Grad der Privilegierung			p *	C
		keine %	schwache %	starke %		
Handeln aus politischer Überzeugung	n/3 n/2	22 24	23 19	19 15	n. s. 0.10	0.10
Würde ihren Schutz billigen	n/3 n/2	12 14	18 15	14 14	n. s. n. s.	
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	n/3 n/2	3 5	13 9	7 4	0.01 n. s.	0.19

* Chi-Quadrat bei vier Freiheitsgraden

Unterprivilegierte glauben häufiger an politische Motive der Baader-Meinhof-Gruppe, sie tolerieren häufiger ihren Schutz, und sie sind selbst häufiger potentielle Helfer als Statuskonsistente. Die Zusammenhänge sind in den beiden zuletzt genannten Fällen statistisch signifikant (Tabelle 12).

Tabelle 12: Unterprivilegierung II und Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe

	Def. 0	Grad der Unterprivilegierung			p *	C
		keine %/o	schwache %/o	starke %/o		
Handeln aus politischer Überzeugung	n/3 n/2	20 21	24 24	22 18	n. s. n. s.	
Würde ihren Schutz billigen	n/3 n/2	13 11	8 19	20 22	0.10 0.05	0.14 0.16
Würde sie für eine Nacht aufnehmen	n/3 n/2	4 3	2 11	11 10	0.05 0.001	0.16 0.23

* Chi-Quadrat bei vier Freiheitsgraden

Wir haben bisher bei der Frage nach den Motiven der Baader-Meinhof-Gruppe nur eine Antwortmöglichkeit berücksichtigt und die Feststellung »Ich bin zwar mit vielem, was diese Gruppe macht, nicht einverstanden, aber trotzdem glaube ich, daß sie auch heute noch vor allem aus politischer Überzeugung handelt« als Indikator für eine distanzierte und relativ vorurteilsfreie Einstellung betrachtet. Wir können Personen, die diese Meinung äußerten, grob als »Liberale« klassifizieren.

Die zweite, bisher vernachlässigte Antwortmöglichkeit lautete: »Die Leute in dieser Gruppe haben früher vielleicht nur aus politischer Überzeugung gehandelt, aber jetzt haben sie sich zu richtigen Verbrechern erniedrigt.« In dieser Aussage wird die politische Motivation der Anarchisten bestritten, ohne daß über ihre subjektiven Beweggründe zum Zeitpunkt der Umfrage irgendwelche sicheren Kenntnisse vorhanden waren. Die Aussage geht über eine Kritik der Taten hinaus und enthält eine Diffamierung der Täter. Wir werden diese Antwort daher als Indikator für eine eher radikale als liberale Einstellung betrachten dürfen und Personen, die diese Meinung äußern, mit einigen Einschränkungen als engagierte Gegner der Baader-Meinhof-Gruppe ansehen. Durch diese Interpretation können wir die gegenläufigen Antworttendenzen auf die Frage nach den vermutlichen Motiven und die Fragen nach der Bereitschaft zur aktiven Unterstützung und ihrer Tolerierung durch die allgemeine Feststellung aufheben: *Statusinkonsistente neigen eher als Statuskonsistente zu radikalen Einstellungen zu radikalen Minderheiten. Statusdevianz führt zur Meinungsdevianz.* Diese radikale Einstellung äußert sich entweder als entschiedene Anhängerschaft oder als entschiedene Gegnerschaft. Die Meinungen der Inkonsistenten, besonders der Privilegierten und Unterprivilegierten, über die Baader-Meinhof-Gruppe sind daher wesentlich stärker polarisiert als die Meinungen der Statuskonsistenten.

Die allgemeine Feststellung, Statusdevianz führt zu Meinungsdevianz, wirft jedoch die Frage auf, unter welchen Bedingungen Statusdevianz zur Anhängerschaft und unter welchen Bedingungen sie zur Feindschaft gegen die Baader-Meinhof-Gruppe führt. Auf Grund der Messungen der Privilegierungen und Unterprivilegierungen können wir annehmen, daß Statusinkonsistente mit überwiegenden Privilegierungen eher Feinde und

Statusinkonsistente mit überwiegenden Unterprivilegierungen eher Anhänger der Baader-Meinhof-Gruppe werden.

Der Zusammenhang zwischen Unterprivilegierung und der Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe wird deutlicher, wenn man die Antwortverweigerer und Unentschiedenen zu den potentiellen Helfern zählt, ein Verfahren, das angesichts der Brisanz der Frage, die ja ein öffentliches Bekenntnis zu einer kriminellen Handlung fordert, erlaubt erscheint.

Mehr als ein Drittel (35 %) aller Personen mit starken Unterprivilegierungen sind danach potentielle Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe. Doch selbst dieses Ergebnis gibt den tatsächlichen Zusammenhang nur verzerrt wieder. Verzichtet man auf die nivellierende Zusammenfassung der verschiedenen Devianzgrade zu drei großen Kategorien und listet die erfaßten Individuen entsprechend dem Grad ihrer Unterprivilegierung auf, so ergibt sich ein nahezu linearer Zusammenhang zwischen dem Anwachsen der Unterprivilegierung und der Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe.

Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Person potentieller Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe ist, steigt von 10 % in der Kategorie der Statuskonsistenten über 12 %, 23 %, 15 %, 27 % und 44 % auf 50 % in der Kategorie mit 6 Grad Abweichungen und fällt bei 7 bis 8 Grad auf 0 % zurück. Die beiden letzten Kategorien enthalten jedoch nur jeweils einen Fall und sind daher praktisch nicht interpretierbar (*Schaubild 2*).

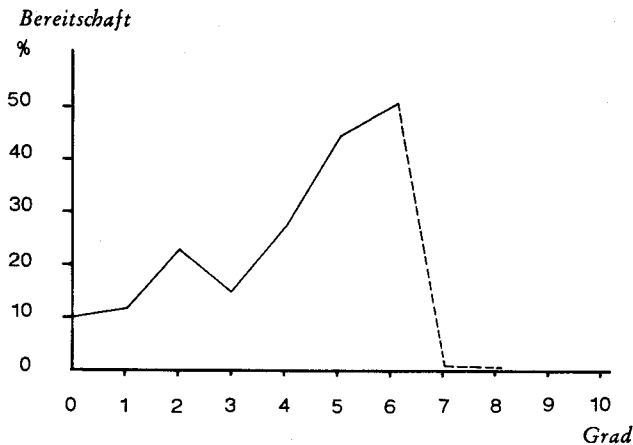


Schaubild 2: Grad der Unterprivilegierung II und Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe

Unterprivilegierung werden wir nach diesem Ergebnis als einen durchaus bedeutsamen Grund für die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe betrachten dürfen. Hieraus kann jedoch selbstverständlich nicht der Schluß gezogen werden, daß die aktiven Helfer der Anarchisten tatsächlich in diesem Sinne unterprivilegiert waren. Dies müßte im Einzelfall geprüft werden.

Bei den Unterprivilegierungen handelt es sich – und dies muß betont werden – nicht um vertikale Benachteiligungen im Sinne der relativen Deprivation, sondern um nicht-vertikale Abweichungen im Sinne der Statusinkonsistenz. Die stärksten Unterprivilegierungen besitzen deshalb keineswegs Personen mit besonders geringen Berufs- und Einkommensstatus. Es handelt sich vielmehr um Personen, deren Status in der beschriebenen Weise besonders häufig, wenn auch z. T. nur schwach von normalen Status abweichen. Sie sind daher eher auf Grund der Anzahl ihrer verschiedenen Benachteiligungen als auf Grund des Ausmaßes einer oder weniger Benachteiligungen unterprivilegiert.

Der Zusammenhang zwischen Statusdevianz und Meinungsdevianz wurde an Hand einer zweiten Umfrage mit Hilfe eines weiteren Indikators überprüft. Im November 1970, während die Baader-Meinhof-Gruppe mit Überfällen und Einbrüchen ihren revolutionären Kampf führte, glaubten mehr als ein Drittel (35 %) der Bevölkerung in der Bundesrepublik und West-Berlin, »daß es eine bessere Gesellschaftsordnung gibt als unsere«. Der Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung konnte zu dieser Zeit also auf weite Zustimmung rechnen, nicht jedoch der gewaltsame Kampf. Auf die Frage: »Glauben Sie, eine bessere Gesellschaftsordnung läßt sich aus unseren gegenwärtigen Verhältnissen in der Bundesrepublik heraus durch friedliche Entwicklung erreichen, oder glauben Sie, das geht nur durch einen gewaltsamen Umsturz?«, antworteten nur 3 %, es gehe nur durch einen gewaltsamen Umsturz, weitere 3 % waren unentschieden⁴⁹.

Die kombinierte Aussage »Es gibt eine bessere Gesellschaftsordnung als unsere, und sie ist nur durch einen gewaltsamen Umsturz zu erreichen«, betrachten wir als utilitaristische Rechtfertigung von Gewalt, Personen, die diese Meinung äußern, als Radikale. Links- und Rechtsradikale trennen wir durch ihre Parteipräferenzen: Linksradikale nennen wir Radikale mit Präferenzen für die FDP, SPD, DFU oder KPD. Wir werden diese Linksradikalen mit den potentiellen Helfern der Baader-Meinhof-Gruppe vergleichen dürfen. Sie sind der harte Kern der politischen Extremisten. Entsprechend der Statusinkonsistenztheorie erwarten wir, daß Linksradikale Statusinkonsistente sein werden. Die Daten bestätigen diese Annahme eindeutig (Tabelle 13).

Tabelle 13: Statusinkonsistenz II und Unterprivilegierung II und utilitaristische Rechtfertigung von revolutionärer Gewalt.

	Def. 0	Grad der Devianz			p *	C
		keine %	schwache %	starke %		
Status-inkonsistenz	n/3	11	9	22	0.02	0.16
Unterprivilegierung	n/3	11	13	20	0.10	0.13

* Chi-Quadrat bei vier Freiheitsgraden.

n = 475. Mittelwert für alle n = 13 %.

Statusinkonsistente und Unterprivilegierte sind doppelt so häufig Anhänger revolutionärer Gewalt als Statuskonsistente. Da die Unterschiede statistisch signifikant sind, wird man auch hier Statusinkonsistenz und Unterprivilegierung als *eine* Ursache für radikale Einstellungen betrachten müssen. Statusdevianz führt auch hier zu Meinungsdevianz.

Das überraschendste Ergebnis der Untersuchung der Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe lieferte zweifellos die Betrachtung der Privilegierten. Die unerwartete statistisch signifikante Beziehung zwischen Privilegierung und der Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe zeichnet sich dabei durch drei Eigentümlichkeiten aus:

Der Zusammenhang zwischen Privilegierung und positiver Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe tritt nur bei der Frage nach den potentiellen Helfern auf, und er wird, im Gegensatz zu allen anderen hier nicht im einzelnen referierten Fällen, schwächer, wenn man die Kategorie der Unentschiedenen und Antwortverweigerer zu den potentiellen Helfern zählt. Wir können diese Befunde in der allgemeinen Feststellung zusammenfassen: Privilegierte äußern nur dann häufiger positive Meinungen zur Baader-Meinhof-Gruppe als Statuskonsistente, wenn es sich um öffentliche Stellungnahmen zu radikalen Verhaltensweisen handelt.

Der Zusammenhang zwischen Privilegierung und öffentlichen Bekenntnissen zur Baader-Meinhof-Gruppe ist zudem wesentlich auf eine Form der Privilegierung zurückzuführen: auf finanzielle Privilegierungen. Personen mit stark überhöhten Einkommen auf Grund ihres Berufsstatus bezeichnen sich fast doppelt so häufig wie der Durchschnitt als potentielle Helfer der Anarchisten. Der Unterschied ist auf dem 2-Prozent-Niveau signifikant. Dieser Einfluß finanzieller Privilegierungen zeigt sich auch schon bei der Aufschlüsselung der Einkommenskategorien: auch hier sind Personen mit mehr als 1500 DM Netto-Monatseinkommen mit 13 % doppelt so häufig potentielle Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe als der Durchschnitt (*Tabelle 6*). Wir können den Zusammenhang zwischen Privilegierung und öffentlichem Bekenntnis zur Baader-Meinhof-Gruppe in der allgemeineren Feststellung formulieren: Privilegierte äußern besonders dann öffentlich radikale Stellungnahmen zur Baader-Meinhof-Gruppe, wenn sie finanziell privilegiert sind.

Der gefundene Zusammenhang kann weder durch die Statusinkonsistenztheorie noch durch den hohen Anteil der Hoch-Gebildeten unter den Spitzenverdienern erklärt werden: gerade die Hoch-Gebildeten sind mit 3 % extrem selten potentielle Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe (*Tabelle 4*).

Wir können unter diesen Umständen das sonderbare Ergebnis entweder einfach auf sich beruhen lassen oder eine rationale Erklärung suchen. Ich werde im folgenden eine solche Erklärung vorschlagen, die wie alle ad-hoc-Erklärungen selbstverständlich nur Plausibilitätscharakter besitzt und in einem ähnlich gelagerten Fall systematisch überprüft werden müßte.

Individuen besitzen einerseits statusbedingte Erwartungen und sind statusbedingten Erwartungen ausgesetzt. Die Folge hiervon ist eine allgemeine Tendenz zu normalen Statuskombinationen, konformen Meinungen und Verhaltensweisen. Individuen besitzen jedoch andererseits gleichzeitig das Verlangen nach Einfluß und Ansehen. Die

Folge hiervon ist eine ebenso allgemeine Tendenz zu höherem Status, nonkonformistischen Meinungen und Verhaltensweisen. *Thorstein Veblen*, der dieses Konzept zuerst entwickelte, beschreibt und analysiert besonders zwei Mittel zum Prestigegewinn: demonstrativen Müßiggang und demonstrativen Konsum⁵⁰. Wir nehmen an, daß es daneben eine wichtige dritte Möglichkeit des Prestigegewinns gibt: demonstrativen Radikalismus. Demonstrativen Radikalismus nennen wir forcierte öffentliche Äußerungen radikaler Meinungen. Gegenstand von demonstrativem Radikalismus können beliebige religiöse, literarisch-künstlerische oder politische Themen sein.

Individuen werden sich vor der Alternative zwischen konformen und nonkonformen Verhaltensweisen so verhalten, daß ihr persönlicher Gewinn möglichst groß ist. Ihr Gewinn ist dann besonders groß, wenn sie wenig verlieren und viel gewinnen können. Zwei Personengruppen können von demonstrativem Radikalismus besonders viel Gewinn erwarten: Privilegierte und Unterprivilegierte. Unterprivilegierte haben, besonders wenn sie stark benachteiligt sind, wenig oder nichts zu verlieren. Sie können nur gewinnen⁵¹. Privilegierte hingegen riskieren wenig und können weiteres Prestige erwerben⁵².

Privilegierte riskieren bei demonstrativem Radikalismus wenig, weil sie auf Grund ihrer Privilegien gegen negative Sanktionen weitgehend geschützt sind. Dies gilt besonders bei finanziellen Privilegierungen und für Beamte und Angestellte in beamtenähnlichen Arbeitsverhältnissen. Privilegierte können durch demonstrativen Radikalismus dabei gleichzeitig viel gewinnen. Privilegierte erhalten zwar schon höhere Gratifikationen als andere. Gratifikationen nutzen sich jedoch im Maße ihrer Sicherung ab. Die erfüllten Bedürfnisse treten zurück, und es entstehen neue Bedürfnisse und das Verlangen nach neuen Möglichkeiten der Ausdifferenzierung von Individualität und dem Gewinn von Prestige⁵³. An die Stelle von demonstrativem Müßiggang und demonstrativem Konsum tritt in dem Maße, in dem beide Mittel an Attraktivität verlieren, demonstrativer Radikalismus⁵⁴.

Diese Interpretation wird durch Äußerungen der Baader-Meinhof-Gruppe gestützt. Im Frühsommer 1971, der Zeit also, aus der unsere Daten stammen, waren demonstrative Bekenntnisse zur Baader-Meinhof-Gruppe derart chic geworden, daß sich die Gruppe öffentlich gegen diese Form der Solidarisierung wehrte. In einem Manifest, das *Der Spiegel* auszugsweise veröffentlichte, beklagten sich die Anarchisten über ihre Mitläufer: »Auch viele Genossen verbreiten Unwahrheiten über uns. Sie machen sich damit fett, daß wir bei ihnen gewohnt hätten, daß sie unsere Reise in den Nahen Osten organisiert hätten, daß sie über Kontakte informiert wären, über Wohnungen, daß sie was für uns täten, obwohl sie nichts tun . . . Sie konsumieren⁵⁵.«

Diese Erklärung des demonstrativen Radikalismus aus dem Prestigebedürfnis bleibt unbefriedigend, da sie selbst nach einer Erklärung dafür verlangt, weshalb demonstrativer Radikalismus Prestige vermittelt. Einen Hinweis geben uns *George C. Homans* theoretische Annahmen über die Ursachen individueller Verhaltensweisen bei Meinungskonflikten in Kleingruppen⁵⁶. Individuen lernen nach *Homans*, daß es zwei Arten von Belohnung bei Meinungskonflikten mit der Gruppe gibt: stimmen sie der Mehrheit zu, werden sie von der Mehrheit anerkannt und geschätzt, halten sie an ihrer abweichenden Minderheitenmeinung fest, erhalten sie in ihren eigenen Augen und – so

kann man hinzufügen – in den Augen unbeteiligter Dritter ihre persönliche Integrität. Die unbeteiligten Dritten dürften die standhafte Verteidigung von Minderheitenmeinungen nicht zuletzt deshalb sozial als Ausweis von Integrität prämiieren, weil sie ihnen Koalitionsmöglichkeiten offen hält. Wir können diese Überlegungen noch durch folgende Argumentation ergänzen: Wenn Individuen lernen, daß das Festhalten an Minderheitenmeinungen in Konfliktsituationen mit der Erhaltung persönlicher Integrität und der Wertschätzung unbeteiligter Dritter verbunden ist, dann werden sie auch lernen, daß die bewußte Übernahme von abweichenden Minderheitenmeinungen ein Mittel zur Demonstration persönlicher Integrität sein kann. Der Meinungsdeviante stellt sich dabei in bewußten Gegensatz zur tatsächlichen oder vermeintlichen Mehrheitsmeinung und integriert sich dadurch einer geistig-moralischen Gegenelite. Demonstrativer Radikalismus ist daher ein verbreitetes Mittel zum Gewinn persönlichen Prestiges. Er setzt weder persönliche Integrität noch intellektuelle Originalität voraus, dennoch gilt er auf Grund allgemein erlernter Gratifikationsarten in Meinungskonflikten weithin als Ausweis persönlicher Integrität und intellektueller Originalität. Er ist die Brillanz der Glanzlosen.

Die Attraktivität von Minderheitenmeinungen für demonstrativen Radikalismus wird um so größer sein, je radikaler und je angegriffener die Minderheitenmeinung erscheint. Der demonstrative Radikalismus der Privilegierten überlagert die allgemein gegenläufige Verhaltenstendenz der Privilegierten daher nur bei der Frage nach den potentiellen Helfern der Baader-Meinhof-Gruppe, und er tritt nur dann auf, wenn man die geheimen Absichten übergeht und nur die demonstrativen Bekenntnisse erfaßt.

Zusammenfassung und Interpretation

Wir haben die Statusinkonsistenztheorie als Variante der Theorie der relativen Deprivation und als Variante der Rollentheorie expliziert und mit Hilfe zweier Meßverfahren überprüft. Die empirischen Ergebnisse bestätigen generell die Annahme: Statusdevianz führt zur Meinungsdevianz. Statuskonsistente billigen den Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe häufiger politische Motive zu als Statusinkonsistente, sie tolerieren ihren Schutz jedoch seltener und sind auch seltener selbst zur aktiven Unterstützung bereit. Privilegierte diffamieren die Anarchisten häufiger als reine Kriminelle und mißbilligen ihren Schutz häufiger als Statuskonsistente. Unterprivilegierte glauben häufiger an politische Motive der Gruppenmitglieder, tolerieren häufiger ihren Schutz und sind selbst auch häufiger zur aktiven Unterstützung bereit. Entgegen unseren Annahmen nennen sich Privilegierte häufiger potentielle Helfer der Baader-Meinhof-Gruppe als Statuskonsistente. Das Verhalten der Privilegierten haben wir in Anlehnung an Überlegungen von *Thorstein Veblen* demonstrativen Radikalismus genannt und durch eine Umformulierung der Theorie rationaler Verhaltensweisen bei Meinungskonflikten in Kleingruppen zu erklären versucht.

Die beiden Meßverfahren liefern ähnliche Ergebnisse. Die Zusammenhänge zwischen Statusdevianz und Meinungsdevianz sind jedoch durchgehend größer und statistisch besser gesichert, wenn man neben den Abweichungen der erwartungsrealisierenden Status auch die Abweichungen der erwartungsauslösenden Status erfaßt. Wir betrachten dies als einen Hinweis darauf, daß neben den statusbedingten Erwartungen der Status-

inhaber auch die statusbedingten Erwartungen ihrer Bezugsgruppen die Verhaltenskonsequenzen von Statusinkonsistenz beeinflussen. Die Statusinkonsistenztheorie muß nach diesen Ergebnissen eher als Variante der Rollentheorie und des cross-pressure-Konzeptes als der Theorie der relativen Deprivation betrachtet werden.

Der Zusammenhang zwischen Statusdevianz und Meinungsdevianz im Sinne radikaler Einstellungen wurde mit Hilfe einer zweiten Indikatorfrage überprüft und bestätigt: Statusdeviante, speziell Unterprivilegierte sind statistisch signifikant häufiger als Statuskonsistente Anhänger revolutionärer Gewalt.

Der Zusammenhang zwischen Statusdevianz und Meinungsdevianz ist um so stärker, je extremer die Statusdevianzen und je extremer die Meinungen sind. Den stärksten Zusammenhang finden wir bei der Frage nach der Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe, den schwächsten bei der Frage nach der vermutlichen Motivation der Anarchisten. Die Zusammenhänge zwischen Unterprivilegierung und den abhängigen Variablen sind etwas stärker als die Zusammenhänge zwischen Statusinkonsistenz und den abhängigen Variablen. Hierfür dürften die gegensätzlichen Folgen von Unterprivilegierungen und Privilegierungen, aus denen sich die Statusinkonsistenz zusammensetzt, verantwortlich sein. Privilegierungen führen im vorliegenden Material zu weniger eindeutigen Konsequenzen. In allen drei Fällen sind die gefundenen Konsistenzwerte entsprechend den Annahmen klein. Es wäre daher notwendig, die intervenierenden Variablen sowie zusätzlich Randbedingungen zu kontrollieren und den Zusammenhang zwischen Statusdevianz und Meinungsdevianz mit Hilfe von Einstellungsskalen zu erfassen. Obwohl die Daten selbstverständlich keine detaillierte Analyse der Motive der Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe ermöglichen, zeigen sie dennoch, daß weitverbreitete Ansichten über diesen Personenkreis falsch sind.

Die Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe waren weder eine kleine radikale Minderheit, noch argumentierten und handelten sie aus auch nur annähernd gleichen Gründen. Im März 1971 billigten mehr als acht Millionen Bürger der Bundesrepublik der Baader-Meinhof-Gruppe politische Motive zu. Ein halbes Jahr später waren es sogar 18 Millionen⁵⁷. Mehr als fünfeinhalb Millionen tolerierten die Unterstützung der Anarchisten, fast drei Millionen waren sogar selbst bereit, Gruppenmitglieder vor der Polizei zu schützen.

Die Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe waren nahezu gleichmäßig über alle Ausbildungs-, Berufs- und Einkommenskategorien verteilt. Unter den Hoch-Gebildeten fanden sich jedoch entgegen weitverbreiteten Annahmen besonders selten, unter den Hoch-Verdienenden dagegen besonders häufig potentielle Helfer der Anarchisten.

Die Motive der Sympathisanten waren, soweit sie sich aus den realisierten Statuskombinationen erschließen lassen, höchst unterschiedlich, ja zum Teil gegensätzlich.

Personen, die der Baader-Meinhof-Gruppe politische Motive zubilligten, waren in ihrer überwiegenden Mehrheit weder zu ihrer aktiven Unterstützung bereit, noch tolerierten sie ihren Schutz. Die Statuskonsistenten unter ihnen glaubten an politische Motive der Anarchisten, weil sie auf Grund ihrer befriedigenden Statuskombination ein distanziertes und relativ sachliches Urteil besaßen. Sie erstrebten jedoch weder radikale gesellschaftliche Veränderungen, noch unterstützten sie die Ziele der Gruppe. Die Status-

konsistenten mißbilligten daher besonders häufig die Unterstützung der Anarchisten und verweigerten ihnen ihre Hilfe. Diese eher ablehnende Haltung dürfte sich, da Statuskonsistente Gewalt als Mittel der Politik eher verurteilen, nach den schweren Bombenattentaten im Frühjahr 1972 verstärkt haben.

Die Statusinkonsistenten und besonders die Unterprivilegierten unter jenen, die der Baader-Meinhof-Gruppe politische Motive zubilligten, äußerten diese Meinung auf Grund ihrer unbefriedigenden Statuskombinationen. Sie erstrebten viel eher als Statuskonsistente gleichzeitig entscheidende politische Veränderungen. Sie tolerierten daher auch häufiger den Schutz der Anarchisten und waren selbst zu ihrer aktiven Unterstützung bereit.

Da Statusinkonsistente und Unterprivilegierte besonders häufig Anhänger revolutionärer Gewalt sind, dürfte sich ihre Entschlossenheit zur Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe auch unter dem Eindruck der Bombenattentate und Morde vom Frühjahr 1972 nicht geändert haben. Dies wird zumindest für eine nicht unbeträchtliche Minderheit von ihnen gelten.

Zusammenfassend kann man festhalten, daß der Baader-Meinhof-Gruppe ein großer Personenkreis von Statuskonsistenten politische Motive zubilligte, *obwohl* er ihre Ziele und Taten nicht unterstützte, während ein kleiner Kreis von Statusinkonsistenten und Unterprivilegierten ihr politische Motive zubilligte, *weil* er ihre Ziele und Taten unterstützte.

Die öffentlichen Verdächtigungen aller Personen als Sympathisanten der Baader-Meinhof-Gruppe, die die Anarchisten nicht einfach als gemeine Kriminelle betrachteten, muß daher als schwerer taktischer Fehler in der Auseinandersetzung betrachtet werden. Sie drängte diesen Personenkreis gegen seinen Willen in die Rolle der Verteidiger der Baader-Meinhof-Gruppe, und sie ließ dadurch ihre tatsächliche gesellschaftliche Machtbasis unverhältnismäßig groß erscheinen. Dieser Sachverhalt dürfte kein unwesentlicher Grund für verhängnisvolle Fehleinschätzungen beider Konfliktgegner gewesen sein.

Die potentiellen Helfer besaßen nicht weniger gegensätzliche Motive. Die Unterprivilegierten unter ihnen waren wahrscheinlich tatsächlich häufig ernsthafte und entschlossene Anhänger der Anarchisten. Die Privilegierten unter ihnen dürften ihre demonstrative Bereitschaft zur aktiven Unterstützung der Gruppe jedoch häufig eher als Gesellschaftsspiel mit beschränkter Haftung betrachtet haben. Zu ihnen werden nicht wenige jener Konvertiten gehören, die ihre Meinung über die Baader-Meinhof-Gruppe schnell änderten und sie zur Hauptgefahr der »eigentlich« revolutionären Linken stilisierten, als die Anarchisten mit den Bombenattentaten im Frühjahr 1972 dem revolutionären Gerede ein Ende setzten und Ernst machten.

Die Privilegierten und Statusinkonsistenten unter den Personen, die den Schutz der Baader-Meinhof-Gruppe tolerierten, billigten wahrscheinlich gleichzeitig die Taten und Ziele der Gruppe eher als Statuskonsistente. Besonders unter den Hoch-Gebildeten fand sich jedoch ein hoher Prozentsatz, der den Schutz der Gruppe tolerierte, ohne überhaupt an ihre politischen Motive zu glauben.

Die heftige Kampagne zur Kriminalisierung der Baader-Meinhof-Gruppe, der wilde publizistische Streit um die Bezeichnungen »Gruppe« und »Bande«, der zeitweise die deutsche Presse in staatstreue und staatsfeindliche Publikationsorgane zu scheiden

schien, war zumindest für diesen Personenkreis daher völlig bedeutungslos. Ihre Haltung wurde nicht davon beeinflusst, ob es sich nun um eine kriminelle Bande oder eine politische Gruppe handelte, sondern viel eher davon, ob die Fahndung nach Bande oder Gruppe angemessen war. Sie beruhte viel weniger auf ihrer Einstellung zu den Anarchisten als auf ihrer Einstellung zur Polizei und der Beurteilung ihrer Fahndungsmethoden. Das Verhalten der Bevölkerung in gewaltsamen innenpolitischen Konflikten wird man, wie dieses Beispiel zeigt, daher überhaupt nur dann umfassend analysieren können, wenn Daten über die Einstellung zu beiden Konfliktgegnern ermittelt werden.

Statusinkonsistenz II, Privilegierung II und Unterprivilegierung II sind mit relativer Deprivation nur sehr bedingt vergleichbar, obwohl es sich in allen Fällen um Statusabweichungen handelt. Relative Deprivation entsteht durch die temporäre oder dauerhafte Benachteiligung einzelner Gesellschaftsschichten. Da es sich um vertikale Statusabweichungen handelt, sind die relativ Deprivierten in der Regel innerhalb der Gesellschaft als geschlossenes Bevölkerungssegment relativ genau lokalisierbar⁵⁸. Relative Deprivation kann daher als gesellschaftlicher Mißstand interpretiert werden, der durch gezielte Maßnahmen für die Unterprivilegierten zumindest theoretisch einfach zu beseitigen wäre.

Statusinkonsistenz, Privilegierung und Unterprivilegierung in der hier gemessenen Weise – dies gilt besonders für das zweite Meßverfahren – entstehen dagegen durch die großen individuellen Chancen und Risiken beim Erwerb sozialer Status in leistungsorientierten Gesellschaften mit hoher sozialer Mobilität. Die Anzahl der Statusdevianten und das Ausmaß ihrer Devianz wird man dabei durchaus als ein Maß für die individuelle Freiheit und damit aber auch für die Unsicherheit beim Staterwerb betrachten dürfen.

Da Statusinkonsistenzen nicht-vertikale Statusabweichungen sind, kann man Statusinkonsistente in der Gesellschaft nicht so leicht lokalisieren wie relativ Deprivierte. Sie sind verhältnismäßig gleichmäßig über alle Gesellschaftsschichten verstreut – alle Schichten besitzen quasi ihre eigenen Statusdevianten. Statusinkonsistenz kann daher nicht so einfach als gesellschaftlicher Mißstand interpretiert und durch gezielte Maßnahmen beseitigt werden. Sie ist vielmehr ein dauerhaftes Konstitutionsmerkmal hochdifferenzierter Industriegesellschaften und wäre nur gleichzeitig mit der leistungsorientierten Mobilität und gesellschaftlichen Komplexität zu beseitigen.

Da alle Industrienationen wegen ihrer hohen sozialen Mobilität notwendigerweise eine Vielzahl von Statusinkonsistenten hervorbringen und Statusinkonsistenz die Legitimierung politischer Gewalt und die Bereitschaft zur Unterstützung politischer Gewalt begünstigt, werden sie unabhängig von ihrer aktuellen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung immer ein Minimum von Personen besitzen, die Gewalt zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse rechtfertigen und darüber hinaus z. T. zur Konspiration mit revolutionären Kräften bereit sind.

Die Existenz dieser legitimierenden und schützenden Bezugspersonen kann man als *eine* Voraussetzung für das Entstehen politischer Gewalttaten und den Schutz der Täter vor Entdeckung und Verhaftung betrachten. Sie bilden damit ein permanentes Potential politischer Gewalt. Dieses Potential politischer Gewalt ist viel zu klein, um revolutionäre Veränderungen erzwingen zu können. Die Chancen von Guerillabewegungen

sind gerade in Industrienationen bisher praktisch gleich Null gewesen⁵⁹. Es liefert jedoch möglicherweise eine Erklärung dafür, weshalb in westlichen Industrienationen zwischen eruptiven Ausbrüchen in Krisenzeiten eine verhältnismäßig konstante Anzahl politisch motivierter Gewalttaten begangen wird⁶⁰ und die Gewalttäter trotz großangelegter Fahndungsaktionen wie im Beispiel der Baader-Meinhof-Gruppe selbst in nichtrevolutionären Situationen nur sehr schwer zu ermitteln und zu verhaften sind.

Anmerkungen

¹ Zu radikalen Einstellungen und Verhaltensweisen im engeren Sinne vgl. *B. B. Ringer, D. Sills, Political Extremists in Iran: A Secondary Analysis of Communications Data*, in: *Public Opinion Quarterly* 16, 1952/53, 689–701; *K. D. Kelly, W. J. Chambliss, Status Consistency and Political Attitudes*, in: *American Sociological Review* 31, 1966, 375–382; *H. D. Lasswell, D. Lerner, World Revolutionary Elites*, Cambridge, Mass., 1965; *M. Pinard, J. Kirik, D. von Eschen, Process of Recruitment in the Sit-In Movement*, in: *Public Opinion Quarterly* 33, 1969, 355–369; *G. B. Rush, Status Consistency and Right-Wing Extremism*, in: *American Sociological Review* 32, 1967, 86–92; *S. Eitzen, Status Inconsistency and Wallace Supporters in a Midwestern City*, in: *Social Forces* 48, 1970, 493–498; *E. Lupri, Statuskonsistenz und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 1972, 265–281; *S. J. Fauman, Status Crystallization and Interracial Attitudes*, in: *Social Forces* 47, 1968, 53–60; *D. J. Treiman, Status Discrepancy and Prejudice*, in: *American Journal of Sociology* 71, 1966, 651–664.

² *H. B. Blalock, Comment: Status Inconsistency and the Identification Problem*, in: *Public Opinion Quarterly* 30, 1966, 130–132; *ders.*, *Status Inconsistency, Social Mobility, Status Integration and Structural Effects*, in: *American Sociological Review* 32, 1967, 790–801; vgl. auch: *N. Gleditsch, Status Inconsistency Revisited*, in: *Social Forces* 48, 1969/70, 255–258; *D. R. Segal, D. Knoke, On the Measurement of Inconsistency Effects: Reply to Gleditsch*, in: *Social Forces* 48, 1969/70, 258–260.

³ *J. A. Geschwender, Status Inconsistency, Social Isolation, and Individual Unrest*, in: *Social Forces* 46, 1967, 477–483.

⁴ *G. E. Lenski, Power and Privilege*, New York 1966.

⁵ *E. Sampson, Studies of Status Congruence*, in: *Advances in Experimental Social Psychology* IV, New York 1969, 225–270.

⁶ *D. R. Segal, Status Inconsistency, Cross Pressures, and American Political Behavior*, in: *American Sociological Review* 34, 1969, 352–359. *Segal* verbindet ähnlich wie *Geschwender* (vergl. Anm. 10) die Statusinkonsistenztheorie mit der Dissonanztheorie.

⁷ *H. F. Taylor, Linear Models of Consistency: Some Extensions of Blalock's Strategy*, in: *American Journal of Sociology* 78, 1973, 1192–1215.

⁸ *J. W. Meyer, P. E. Hammond, Forms of Status Inconsistency*, in: *Social Forces* 50, 1971, 91–101.

⁹ *E. F. Jackson, Status Consistency and Symptoms of Stress*, in: *American Sociological Review* 27, 1962, 469–480; *E. F. Jackson, P. J. Burke, Status and Symptoms of Stress: Additive and Interaction Effects*, in: *American Sociological Review* 30, 1965, 556–564.

¹⁰ *J. A. Geschwender, Continuities in Theories of Status Consistency and Cognitive Dissonance*, in: *Social Forces* 46, 1967, 160–171.

¹¹ *S. Eitzen, Status Consistency and Consistency of Political Beliefs*, in: *Public Opinion Quarterly* 36, 1972/73, 541–548.

¹² *E. Sampson, a. a. O.; ders.*, *Status Congruence and Cognitive Consistency*, in: *Sociometry* 26, 1963, 146–162.

¹³ *G. E. Lenski, Status Crystallization: A Non-Vertical Dimension of Social Status*, in: *American Sociological Review* 19, 1954, 405–413.

- ¹⁴ N. Stehr: Statuskonsistenz, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 23, 1971, 34–54.
- ¹⁵ B. Blinkert, B. Fülgraff, P. Steinmetz, Statusinkonsistenz, soziale Abweichung, und das Interesse an Veränderungen der politischen Machtverhältnisse, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 24, 1972, 24–45.
- ¹⁶ M. R. Jackman, R. W. Jackman. An Interpretation of the Relation between Objective and Subjective Social Status, in: American Sociological Review 38, 1973, 569–582.
- ¹⁷ Dies gilt besonders für alle Untersuchungen, die mit subjektiven Indikatoren zur Erfassung von Statusinkonsistenz arbeiten. Die Verbindung zwischen relativer Deprivation und Statusinkonsistenz stellen explizit her: G. C. Homans, Elementarformen sozialen Verhaltens (1961), Opladen 1972, 44–70 und ders., Soziales Verhalten als Austausch (1958), in: H. Hartmann (Hrsg.), Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart 1967, 173–185 sowie J. Berger, M. Zelditch, Jr., B. Anderson, B. P. Cohen, Distributive Justice: A Status – Value Formulation, in: Sociological Theories in Progress, Vol II, Boston 1971.
- ¹⁸ P. F. Lazarsfeld, B. Berelson, H. Gaudet, The People's Choice, New York/London 1944. Die Verbindung zur Statusinkonsistenz betont besonders Segal, a. a. O.
- ¹⁹ G. E. Lenski, Power and Privilege, New York 1966, S. 87.
- ²⁰ D. R. Segal, a. a. O., S. 354.
- ²¹ F. Heider, Attitudes and Cognitive Organization, in: The Journal of Psychology 21, 1946, 107–112; ders., The Psychology of Interpersonal Relations, New York 1958.
- ²² I. Goffman: Status Consistency and Preference for Change in Power Distribution, in: American Sociological Review 22, 1957, 275–281. Vgl. auch E. Jackson, a. a. O.; G. E. Lenski, Comment, in: Public Opinion Quarterly 28, 1964, 326–330; D. Segal, D. Knoke, Social Mobility, Status Inconsistency, and Partisan Realignment in the United States, in: Social Forces 47, 1968, 154–157; M. E. Olsen, J. C. Tully, Socioeconomic-Ethnic Status Inconsistency and Preference for Political Change, in: American Sociological Review 37, 1972, 560–574.
- ²³ J. A. Geschwender, Continuities . . . , a. a. O., S. 161.
- ²⁴ B. Blinkert u. a., a. a. O., S. 28.
- ²⁵ B. Blinkert u. a., a. a. O., S. 25. Auch Stehr scheint von diesem sozialpsychologischen Grundbegriff auszugehen. Da er – allerdings auf schmaler Basis – keinen Zusammenhang zwischen »objektiver« Inkonsistenz und subjektiver Unzufriedenheit mit realisierten Statuskombinationen ermitteln kann, zweifelt er folgerichtig an der Gültigkeit des von G. Lenski vorgeschlagenen Meßverfahrens. N. Stehr, a. a. O., S. 45 f.
- ²⁶ Der gleiche Definitionsfehler findet sich bei G. B. Rush, a. a. O., S. 86. Zur Unterscheidung von Definition und Messung vgl. F. von Kutschera, Wissenschaftstheorie I, München 1972, S. 31 f.
- ²⁷ Gute Explikationen geben N. Stehr, a. a. O., und E. Lupri, a. a. O.; Lenski, dessen Untersuchung die beiden Autoren replizieren wollten, verwandte jedoch im Unterschied zu ihren Angaben und Verfahren keine zehnklassige, sondern nur eine fünfklassige Skala zur Messung des Berufsstatus; G. Lenski, a. a. O., S. 406. Entgegen den Ausführungen von E. Lupri wird man bezweifeln müssen, daß es sich bei den Skalen Lenskis tatsächlich um Intervallskalen handelt.
- ²⁸ Vgl. dazu die Untersuchungen von E. Jackson, a. a. O.; N. Stehr, a. a. O.; B. Blinkert u. a., a. a. O. Während E. Jackson eine Verbindung zu Stress nachweisen konnte, fanden N. Stehr und B. Blinkert u. a. keinen Zusammenhang zwischen Statusinkonsistenz, gemessen mit dem Lenski-Index, und Stress. Die Indikatoren waren allerdings verschieden. Einen signifikanten Zusammenhang fanden B. Blinkert u. a. allerdings, wenn sie das von ihnen vorgeschlagene Meßverfahren verwandten.
- ²⁹ Abweichend von dieser in der Literatur allgemein verbreiteten Annahme nehmen B. Blinkert u. a. an, daß Statusdeviante ein geringeres Interesse an einer Veränderung der politischen Situation besitzen. Ihre empirischen Daten weisen tatsächlich einen signifikanten Zusammenhang zwischen Statusdevianz und der Wahl der CDU aus. B. Blinkert u. a., a. a. O., S. 29

u. 36. Eine Übersicht über die Befunde gibt *J. A. Geschwender: Continuities...*, a. a. O., S. 163–168, eine nützliche Literaturzusammenstellung gibt *K. E. Baumann, Status Inconsistency, Satisfactory Social Interaction, and Community Satisfaction in an Area of Rapid Growth*, in: *Social Forces* 47, 1968/69, 45–52.

³⁰ *M. E. Olsen* und *J. C. Tully*, Socioeconomic-Ethnic Status Inconsistency and Preference for Political Change, in: *American Sociological Review* 37, 1972, 560–574.

³¹ *E. F. Jackson* und *R. F. Curtis*, Effects of Vertical Mobility and Status Inconsistency: A Body of Negative Evidence, in: *American Sociological Review* 37, 1972, 701–713.

³² *E. F. Jackson, R. F. Curtis*, a. a. O., S. 712; *M. E. Olsen, J. C. Tully*, a. a. O., S. 560.

³³ *C. McPhail*, Civil Disorder Participation: A Critical Examination of Recent Research, in: *American Sociological Review* 36, 1971, 1058–1073.

³⁴ *S. Spilerman*, The Causes of Racial Disturbances: A Comparison of Alternative Explanations, in: *American Sociological Review* 35, 1970, 627–649, dort bes. S. 645.

³⁵ *J. A. Geschwender*, Status Inconsistency... a. a. O.

³⁶ *D. R. Segal*, a. a. O.

³⁷ *J. A. Geschwender, B. D. Singer*, Deprivation and the Detroit Riot, in: *Social Problems* 17, 1969/70, 457–463.

³⁸ *S. Eitzen*, a. a. O.

³⁹ *G. B. Rush*, a. a. O.

⁴⁰ *E. Lupri*, a. a. O.

⁴¹ *B. Blinkert* u. a., a. a. O.

⁴² Die »Ich-Beteiligung« spielt bei der Reaktion auf dissonante Informationen eine bedeutende Rolle und müßte daher auch bei der Analyse konfligierender Erwartungen kontrolliert werden. Eine Übersicht gibt: *M. Irle*, Entstehung und Änderung von sozialen Einstellungen (Attitüden), in: *F. Metz* (Hrsg.), Bericht über den 25. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Psychologie Münster 1966, Göttingen 1967, dort S. 206 ff.

⁴³ Repräsentative Bevölkerungsumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach unter 2 000 Personen über 16 Jahren in der Bundesrepublik und West-Berlin im März 1971. Die Stichprobe wurde für die drei Fragen nach der Einstellung zur Baader-Meinhof-Gruppe in drei Teilstichproben gegliedert. Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 2069. Frau *Elisabeth Noelle-Neumann* und Herrn *Friedrich Tennstädt* danke ich dafür, daß sie durch ihre Unterstützung die vorliegende Arbeit ermöglichen.

⁴⁴ Repräsentative Bevölkerungsumfrage des Emnid-Instituts unter 1 928 Personen über 16 Jahren in der Bundesrepublik im November 1971. Die Ergebnisse addieren auf über 100%, da mehrere Antworten möglich waren und mehrere Antwortgruppen zusammengefaßt wurden. Herrn Graf *Viggo Blücher* danke ich dafür, daß er mir die Ergebnisse zur Verfügung stellte.

⁴⁵ Der Kontingenzkoeffizient ist mit den üblichen Korrelationskoeffizienten nicht direkt vergleichbar, da er den Wert 1 nur bei unendlich vielen Kategorien erreichen kann. Vgl. *W. D. Fröhlich, J. Becker*, Forschungsstatistik, ⁵1971, S. 522 f.

⁴⁶ Vgl. etwa: Emnid-Institut (Hrsg.) *Junge Intelligenzschicht 1968/69*. Politische Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen, Bielefeld 1969 (Masch. Schrift vervielfältigt).

⁴⁷ Subjektive Indikatoren für Statusinkonsistenz verwendet *Nico Stehr*, a. a. O.; statistisch gesicherte Zusammenhänge zwischen relativer Deprivation, gemessen am Anspruchsniveau der Befragten, und Protestbeteiligung bzw. Protestorientierung fanden *D. R. Bowen, E. R. Bowen, S. R. Gawiser, L. H. Masotti*, Deprivation, Mobility, and Riot Orientation Toward Protest of the Urban Poor, in: *L. H. Masotti, D. R. Bowen* (Hrsg.), Riots and Rebellion. Civil Violence in the Urban Community, Beverly Hills, Cal. 1968, 187–200; *H. W. Reynolds, Jr.*, Black Power, Community, and Jobs, ebenda, 237–259; besonders hohe Erwartungen betrachten auch *Jay Schulman*, Ghetto-Area Residence, Political Alienation, and Riot, ebenda, 261–284 und *E. F. Cataldo, R. M. Johnson, L. A. Kellstadt*, Social Strain and Urban Violence, ebenda, 285–298 als Ursache von Protest und Protestorientierung. Widersprüchliche Ergebnisse ermittelte in einer Studie in fünf Nationen: *L. A. Free*, (Hrsg.), *When Men Revolt and Why?*,

London/New York 1971, 251–258.

⁴⁸ B. Blinkert u. a., a. a. O., S. 30–33; Die Autoren verwenden fünf statt drei Ausbildungskategorien. Sie unterscheiden Volksschüler mit und ohne Lehre sowie Abiturienten mit und ohne Studium. Die erste Unterscheidung war auf Grund der Daten nicht nachvollziehbar, die zweite hätte zu kleine Zellen ergeben.

⁴⁹ Repräsentative Bevölkerungsumfrage unter 3 995 Katholiken in der Bundesrepublik und West-Berlin im November 1970. Für die Häufigkeitstabellen wurden die beiden unteren und mittleren Berufs- und Einkommenskategorien zu jeweils einer Kategorie zusammengefaßt.

⁵⁰ Th. Veblen, Theorie der feinen Leute. Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen (1899), München 1971, S. 41–84.

⁵¹ Dies gilt jedoch nur für Personen, die im Sinne der relativen Deprivation unterprivilegiert sind – nicht für Unterprivilegierte im Sinne der Statusinkonsistenztheorie. Das Identifikationsproblem taucht daher hier nicht auf.

⁵² Vgl. G. C. Homans, Grundfragen soziologischer Theorie, Köln/Opladen 1972, S. 102 f.

⁵³ Vgl. F. H. Tenbruck, Zur Kritik der planenden Vernunft, Freiburg/München 1972, S. 89; A. Geblen, Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen, Frankfurt/Bonn 1964, S. 15 ff., S. 50 ff; G. C. Homans, Grundfragen . . . a. a. O., S. 66.

⁵⁴ Demonstrativen Radikalismus der Oberschicht charakterisiert karikierend T. Wolfe, Radical Chic, in: T. Wolfe, Radical Chic und Mau Mau bei der Wohlfahrtsbehörde (1970), Reinbek 1972, S. 7–68.

⁵⁵ Rote-Armee-Fraktion: Wir schießen, wenn man auf uns schießt, in: Der Spiegel, 18, 1971.

⁵⁶ G. C. Homans, Elementarformen . . . a. a. O., S. 79–85.

⁵⁷ Die Daten wurden durch Hochrechnungen ermittelt. Da die Teilstichproben relativ klein waren und ihre Repräsentativität nicht völlig gesichert ist, sind sie eher als Schätzungen zu betrachten. Ich verzichte daher auch auf die Angabe der Toleranzen.

⁵⁸ Vgl. W. G. Runciman, Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth Century England, Berkeley and Los Angeles 1966.

⁵⁹ Vgl. A. C. Janos, The Seizure of Power: A Study of Force and Popular Consent, Princeton 1964, S. 86; L. W. Pye, The Roots of Insurgency and the Commencement of Rebellions, in: H. Eckstein (Hrsg.), Internal War, Glencoe 1964, S. 163; M. Oppenheimer: Para – Military Activities in Urban Areas, in: L. H. Masotti, D. R. Bowen (Hrsg.), Riots and Rebellion, a. a. O., S. 430.

⁶⁰ Vgl. Ch. Tilly, Hardship and Collective Violence in France 1830 to 1960, in: American Sociological Review 37, 1972, S. 520–532.